Das Abonnement beträgt:
1½ Rt. für ¼ Jahr in Berlin,
1⅞ „ „ „ „ incl. Post-
zuschlag in allen Theilen der Monarchie.
Einzelne Nummern werden mit
2½ Sgr. berechnet.
Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Neue Preußische Zeitung.



Alle Postanstalten nehmen Bestellung
auf dieses Blatt an, für Berlin die
Expedition der Neuen Preußischen
Zeitung:
Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer
viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 14. Berlin, Donnerstag, den 17. Januar. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den Geh. Regierungs-Rath Heidfeld zu Oppeln zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der dortigen Regierung zu ernennen.

Justiz-Ministerium.

Der Rechtsanwalt und Notar Harmuth zu Kalau ist auf seinen Antrag in der Eigenschaft als Rechtsanwalt an das Kreisgericht zu Lübben, mit Anweisung seines Wohnorts daselbst und Beschränkung seiner Praxis auf den Lübbener Kreis und den dem Kreisgericht zu Lübben überwiesenen Theil des Kalauer Kreises, unter Beibehaltung des Notariats versetzt, und

Die Versetzung des Rechtsanwalts und Notars Spiegelthal zu Darkehmen an das Kreisgericht zu Siegen, mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Laasphe, auf seinen Antrag zurückgenommen worden.

Finanz-Ministerium.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf den §. 17. des Gesetzes vom 15. April v. J. wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. Dez. v. J. 7,463,228 Thlr. in Darlehnskassenscheinen in Umlauf waren.

Berlin, den 12. Januar 1850.

Der Finanz-Minister.
v. Rabe.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Dem Instrumentenmacher Stöcker zu Berlin ist unter dem 11. Jan. 1850 ein Patent

auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannten Mechanismus für Pianofortes zur Haltung und Bewegung der Claves, ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Abgereist: Se. Exc. der kaiserl. österreichische Oberhofmeister, Graf v. Bombelles, nach Köln.

Deutschland.

Kammerbericht.

Zweite Kammer.

Berlin, den 15. Januar. 84ste Sitzung.

Der Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Am Ministertisch sitzen die Minister v. Strotha, v. Rabe, v. Manteuffel, die Reg.-Commiss. Geh. Räthe: Bechtold, v. d. Hagen, Schumann, Schröder.

Der Finanzminister übergiebt der Kammer im Allerhöchsten Auftrage einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Besteuerung von inländischem Rübenzucker.

Der Kriegsminister. Auf Befehl Sr. Majestät des Königs überreiche ich der Hohen Kammer einen Gesetz-Entwurf über Unterstützung der Familien von Reserve- und Landwehrmännern bei Zusammenberufungen. (Vielfaches Bravo.) Der größte Theil der so Zusammenberufenen besteht aus den Vätern von Familien, welche letzteren durch die Einberufung der ersteren in Noth gerathen. Dieser Uebelstand machte sich bereits in den Jahren 1830 und 1831 fühlbar, so zwar, daß er die Verordnung hervorrief, nach welcher die Kommunen angewiesen wurden, die Zurückgelassenen zu unterstützen, und auch den Zurückgelassenen Unterstützung gesichert wurde, die keiner Kommune angehören. Das Unzureichende dieser Verordnung rief im Jahre 1839 Vereine hervor, welche die Regierung möglichst unterstützte. Das Verhältniß änderte sich in den Jahren 1848 und 1849. Die desfallsigen Anstrengungen der Vereine finden die vollste Anerkennung: es sind reichliche Unterstützungen geflossen für die Verwundeten und Hinterbliebenen der Gefallenen, aber die Leistungen jener sind zurückgeblieben hinter dem Nothwendigen, und die Gerechtigkeit fordert, daß für die Familien der Ausgerückten Sorge getragen wird, selbst wenn die Ausrückung nur eine momentane wäre, daß die Unterstützung nicht nur der Mildthätigkeit anheimgegeben, sondern gesetzlich geordnet wird. Indem ich diesen Entwurf dem Herrn Präsidenten übergebe, bitte ich um schleunige Berathung Seitens der Kammer.

Der Entwurf wird der Kommission für die Gemeinde-Ordnung zugewiesen.

Zur Tages-Ordnung übergehend, unterstützt die Kammer in nochmaliger Abstimmung den Antrag des Abg. Hartmann, betreffend die Errichtung eines Kredit-Instituts für ländliche Grundstücke im Bezirke der Westpreußischen General-Landschaft.

In der Tages-Ordnung weiter geht die Kammer über zur Fortsetzung der Berathung des zweiten Berichts der Central-Commission zur Prüfung des Staatshaushalts. (IV. Directe Steuern.) In Bezug auf die Grundsteuer, deren Einnahme pro 1849 mit 10,329,541 Thlr. und pro 1850 mit 10,335,367 Thlr. angeführt wird, stellt der Abg. Claessen den Antrag: Die Kammer wolle es für erforderlich erklären, daß die Befreiungen von der Grundsteuer möglichst bald aufhören mögen. Dieser Antrag wird von der Kammer angenommen.

In der weitern allgemeinen Debatte über die Grundsteuer glaubt der Abg. für Lippstadt, Schulenburg, den preußischen Theil jener Stadt in Bezug auf die Grundsteuer zu Gunsten des Lippeschen Antheils übervortheilt, und wünscht Abhülfe, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen. Deshalb und nachdem der Abg. v. Bodelschwingh nachgewiesen, daß die Erhebung der Grundsteuer im preußischen Antheile vollkommen nach dem Gesetz erfolge, giebt die Kammer dieser Debatte keine weitere Folge.

Der Abg. Graf Arnim wünscht, daß die Frage über die Grundsteuer-Ausgleichung baldigst erledigt werde, zunächst ob eine Entschädigung für aufgehobene Befreiungen gewährt werde oder nicht, und zwar um so mehr, als zweifelhaft sein dürfte, ob nicht die Grundsteuer überhaupt einer Einkommensteuer weichen dürfte.

Der Abg. Bismark-Schönhausen findet, sich beziehend auf eine Aeußerung des Abg. Aldenhoven, zu der Bemerkung veranlaßt, daß Niemand sich in dieser Kammer befinden dürfte, der nicht Gleichheit vor dem von Sr. Majestät dem Könige erlassenen Gesetze wünschen sollte, und bemerkt es als auffällig, daß die Forderung nach Aufhebung der Grundsteuer-Befreiung stets und allein vom Westen komme.

Der Abg. v. Beckerath verwahrt die westlichen d. h. die rheinländischen Gegenden vor dem Vorwurf, als ginge von ihnen allein der Wunsch nach Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen aus: Die Frage wäre bereits 1810 entschieden, also ehe jene Gegenden sich unter dem Scepter Seiner Majestät des Königs befunden. Ueberdem dürfe es nicht der Gerechtigkeit gemäß sein, den armen Schullehrern die Grundsteuer-Befreiung zu nehmen und den Wohlhabenden zu lassen.

Der Abg. Graf Arnim weist dem Abg. v. Beckerath nach, daß er und seine Freunde nicht für die Wohlhabenden, sondern für die Armen die Aufrechthaltung des Rechts der Grundsteuer-Befreiung fordern.

Der Abg. v. Bismark-Schönhausen weist dem Abg. v. Beckerath nach, daß er ihn auf einem Felde gesucht, wo er sich nicht befunden, jener also gegen Jemanden gekämpft habe, der nicht da gewesen.

Nach dem Schluß der allgemeinen Debatte wird der oben angeführte Ertrag der Grundsteuer als Einnahme-Position von der Kammer angenommen.

Zur Berathung gelangt nunmehr die Einnahme an Klassensteuer und Ersatzsteuer. Die Position ergiebt für 1849 7,571,657 Thlr., für 1850 7,845,189 Thlr. In Bezug auf die letztere Summe kommen jedoch einige Posten in Abrechnung, so daß die Position schließlich ergiebt 7,632,126 Thlr. Hierzu hat der Abg. Hesse folgendes Amendement gestellt: die Kammer wolle beschließen, daß die von der Commission aufgeworfene Frage: ob die Regierung einseitig befugt gewesen, den Städten Heiligenstadt, Langensalza, Paderborn, Minden, Münster, Wollgast und Erfurt den Uebergang zur Klassensteuer zu gestatten? nicht zu bejahen, deren Beantwortung vielmehr erst dann eintreten zu lassen, wenn rücksichtlich der Beibehaltung der Mahlsteuer oder des Ersatzes derselben durch eine direkte Steuer die Berathung des desfalls vorliegenden Gesetzentwurfs stattfindet. — Der Abg. Hesse stützt diesen seinen Antrag auf den von der Kammer bereits angenommenen Antrag des Abg. Fröhner, nach welchem über Aufhebung, resp. Abänderung der Verordnung vom 4. April 1848 erst dann Beschluß gefaßt werden soll, wenn rücksichtlich der Beibehaltung der Mahlsteuer oder des Ersatzes derselben durch eine direkte Steuer die Berathung des desfalls vorliegenden Gesetzentwurfs stattfindet.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Hesse angenommen.

Der Abg. Graf v. Arnim bringt einen Antrag ein, nach welchem 1) die Regierung eine gleichmäßige Erhebung der Klassensteuer in sämmtlichen Provinzen einführen möge, demgemäß also 2) die Contingentirung der Klassensteuer in den Rheinprovinzen entweder abschaffe oder, soll diese dort bestehen bleiben, auch in allen andern Provinzen einführe. Dieser Antrag wird in seinem Theile ad 1) angenommen, in seinem Theile ad 2) aber von dem Antragsteller zurückgezogen.

Die Einnahme-Positionen über Gewerbesteuer (für 1850 2,500,000 Thlr.), die erst im Etat für 1850 befindliche „an Strafgeldern", über Erbzinsen, Innungsgelder, Justizkosten, die Wegebau-Beischläge zu der Mahl- und Schlachtsteuer in der Rheinprovinz ꝛc. werden ohne besondere Debatte angenommen; die hierher fallende Einnahme aus der Mennonitensteuer, welche 6623 Thlr. ergiebt und welche nach dem Antrage der Commission vorläufig zu erheben, da die Revision der Verfassung noch nicht zum Austrag geführt ist, — ruft ein Amendement des Abg. v. Beckerath hervor, nach welchem die Beschlußnahme über diese Position vorläufig noch auszusetzen sei. Bei der Abstimmung wird das Amendement des Abg. v. Beckerath angenommen.

Nachdem die Kammer noch mit den Anträgen der Commission in Bezug auf die fortlaufenden und außerordentlichen Ausgaben für diese Einnahme-Position, die in den Erhebungskosten und Gratificationen an Erheber, Boten und Executoren bestehen, sich einverstanden erklärt, nimmt sie auch den Schlußantrag der Commission an, welcher lautet: Die Kammer wolle in dem Etat der Verwaltung die Einnahmen der direkten Steuern für das Jahr 1849 mit 20,369,248 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben mit 1,025,153 Thlr., und die außerordentlichen Ausgaben mit 12,000 Thlr., für das Jahr 1850 aber die Einnahmen mit 20,339,180 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben mit 883,680 Thlr., und die außerordentlichen Ausgaben mit 12,000 Thlr. als richtig anerkennen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung morgen (Mittwoch) 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die auf Mühlen haftenden Reallasten.

□ **Berlin**, den 16. Januar. Die Presse ist auch heute lebhaft mit der Besprechung der Verfassungskrisis beschäftigt. Die Const. Zeitung beharrt auf ihrer Alternative, daß die Kammern nur unter der Bedingung einer Nachgiebigkeit der Regierung in Betreff des Art. 108 sich zu einer Annahme der Regierungsvorlagen verstehen können. Dieser Forderung gegenüber äußert die Vossische Zeitung in einem Artikel, worin sie auch heute zur Versöhnung mahnt: die Kammer schlägt ihre eigene Würde und Macht viel zu gering an, wenn sie dieselbe durch materielle Mittel verstärken will, welche nicht blos die ganze Executive des Staats abschneiden, sondern auch den Staat selbst aus seinen Angeln heben und seine Grundfesten erschüttern will. Die Spenersche Zeitung geht nicht direkt auf die schwebende Frage ein. Sie bringt einen Artikel über den Erfurter Reichstag, worin sie im Hinblick auf die obschwebenden Differenzen hervorhebt, daß die Regierung vor allen Dingen streben müsse, mit der constitutionellen Partei im besten Einvernehmen zu stehen. Wir haben die Thaten und die Taktik der hier gemeinten const. Partei lange genug vor Augen gehabt, haben viel Ehrgeiz, viel Eitelkeit, aber wenig Vaterlandsliebe darin gefunden und können nicht glauben, daß das Ministerium sich zu Concessionen an diese Partei verstehen sollte, welche sicherlich das Vaterland ernstlich gefährden würden.

Die Commissionsberathungen über die Vorlagen sind nun beendet. Wir tragen von den Beschlüssen der Verfassungscommission der II. Kammer noch nach, daß dieselbe Art. 14 der Vorlagen, betreffend die Aenderung des Verfassungseides mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen hat. Art. 15 ist einstimmig angenommen. Art 4 wegen der Fideicommisse ist mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Art. 7. wegen der Finanzgesetze mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen, dagegen aber Art. 8. wegen der Pairie mit 15 gegen 6 Stimmen ohne den Versuch von Amendements abgelehnt.

Die Verfassungs-Commission der I. Kammer hat den Art. 8. wegen der Pairie für eng verbunden mit dem Steuerbewilligungs-Recht erklärt, und stellt in dieser Beziehung mehrere Anträge. Zunächst wird ein Amendement des Abg. Camphausen angenommen, welches lautet: „Zu Art. 100. (früher 99.) folgenden Zusatz anzunehmen: Für Steuern und Abgaben, welche durch besondere Gesetze auf bestimmte oder unbestimmte Dauer angeordnet sind, bilden diese Gesetze, unbeschadet der Aufnahme der Steuern in den Staatshaushaltungs-Etat, den Erhebungstitel." Zu Art. 109. (früher 108.) Zusatz: „Steuern und Abgaben, welche bis zum Schlusse des Jahres 1851 nicht durch neue Gesetze auf bestimmte oder unbestimmte Dauer angeordnet sind, bedürfen vor Ablauf des Jahres 1852 der Erneuerung durch ein besonderes Gesetz." Zu Art. 64.: „Statt „Finanzgesetz-Entwürfe" (welche zuerst an die zweite Kammer zu bringen sind) zu setzen: „Steuergesetz-Entwürfe und Staatshaushaltungs-Etat"." —

Ferner ward ein Amendement des Abg. Kühne angenommen, folgenden Inhalts: Art. 99 (98) zu belassen, aber folgenden neuen Artikel anzufügen: Wenn sich die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für die nächste Etatsperiode über den Anfang derselben verzögern sollte, so bleibt der zuletzt vollzogene Etat bis zu dieser Feststellung, jedoch höchstens 6 Monate, in Kraft. Die bis dahin in dem neuen Etatsjahr erhobenen Einnahmen und geleisteten Ausgaben werden auf die Bewilligung des anderen Jahres angerechnet.

Dafür ist denn die Vorlage wegen der Zusammensetzung der ersten Kammer in der Weise angenommen, daß diese Kammer zur Hälfte aus gewählten, zur Hälfte aus erblichen und auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern bestehen solle. 9 Stimmen gegen 6 sprachen sich für diesen Beschluß aus, und das gleiche Stimmenverhältniß zeigte sich bei dem andern Votum, wonach die Beschlüsse zu Art. 8. mit den Beschlüssen zu Art. 7. für eng verbunden erklärt werden.

Der Minister v. Manteuffel erklärte in der vorgestrigen Sitzung der Verfassungs-Commission der 2. Kammer, daß die Regierungs-Vorlage bei ihrer Wichtigkeit von selbst eine Kabinetsfrage ausmache, und sich hiernach das Ministerium den constitutionellen Grundsätzen gemäß verhalten werde.

Die Spenersche Zeitung meldet: Dem Vernehmen nach wird am 18ten d. M., dem eigentlichen Tage des Krönungs- und Ordensfestes, im königl. Schlosse in Charlottenburg ein Capitel des schwarzen Adler-Ordens gehalten werden. Auch die hier anwesenden Inhaber der Friedensklasse des Ordens pour le mérite werden an demselben Tage bei Sr. Majestät dem Könige in Charlottenburg ein Capitel halten.

Berlin, 16. Januar. Die Neue Bremer Zeitung sagt in einem Artikel, überschrieben „die preußische Verfassungsfrage": Unsere Hoffnung, daß die Botschaft des Königs von Preußen bei den preußischen Kammern die Aufnahme finden werde, auf die sie den vollsten Anspruch hat, scheint nicht in Erfüllung zu gehen. Leider müssen wir sagen, daß von keiner Seite das Rechte geschehen ist, um auch nur auf den Standpunkt vorzubereiten, von dem die königlichen Vorlagen aufzufassen und zu beurtheilen waren. Von keiner Seite ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß Preußens König zum ersten Male seit dem Beginne der Arbeiten an dem neuen Verfassungswerke sich persönlich an die Vertreter seines Volkes wendet; daß es sich hier nicht mehr bloß um ein Vertragen zwischen verschiedenen Ansichten und Forderungen handelt, bei denen man durch gegenseitiges Nachgeben in der Mitte zusammenkommen könnte, sondern um einen großen Akt der Sühne, durch welchen Alles wieder gut gemacht werden kann, was seit jenen verhängnißvollen Tagen des Märzmonates 1848 an der Person des edelsten Fürsten gefrevelt worden; durch welchen der Bruch wieder ausgeglichen werden kann, der damals zwischen dem alten und dem neuen Preußen erfolgt ist; durch welchen jene lebendige Einheit des Königs mit seinem Volke wieder hergestellt werden kann, auf der das Wesen der preußischen Monarchie seit der Zeit ihrer Begründung beruht; jene lebendige Einheit, welche feindselig sich eindrängende Mächte in einer bösen Stunde zerrissen haben, und die keine papierne Verfassungsurkunde, wie sorgfältig auch alle ihre Bestimmungen erwogen und abgezirkelt sein mögen, jemals zu ersetzen vermag.

Mache man uns nicht den Vorwurf, daß wir uns romantischen Träumen hingeben, indem wir von einem Akte der Sühne sprechen; wir haben keine verschwimmende Nebelgestalten, sondern sehr bestimmte, von scharfen Umrissen begrenzte Verhältnisse vor Augen. Die Macht des Königthums ist in Preußen noch nicht so tief gesunken, daß es so leicht werden sollte, dasselbe durch gesetzliche Bestimmungen irgend einer Art in den bloßen Begriff der vollziehenden Gewalt zu verwandeln. Der persönliche Wille des Königs wird immer auf den Gang der Regierung den entschiedensten Einfluß üben; und das preußische Volk wird nicht aufhören, in dem Könige den wahren und einzigen Inhaber der Staatsgewalt zu sehen. Aus diesem Grunde sind wir der Ueberzeugung, daß die persönliche Mitwirkung des Königs zur Begründung der Verfassung ein wesentliches Erforderniß ist, wenn dieselbe jemals wahrhaft in das Leben übergehen, wenn sie nicht von vorn herein dazu verurtheilt sein soll, alle die Täuschungen mit durchzumachen, die bisher noch immer das gemeinschaftliche Erbtheil aller Verfassungen des europäischen Festlandes geblieben sind. Wir halten es für einen Irrthum, wenn man diese Täuschungen bloß aus höfischen Ränken, oder aus despotischen Gelüsten herleiten will, wie es gewöhnlich geschieht. In den meisten Fällen waren sie eine unvermeidliche Folge der falschen Stellung, in welche die Regierungsgewalt der Volksvertretung gegenüber versetzt war. Von den preußischen Kammern hängt in diesem Augenblicke die Entscheidung ab, ob auch die preußische Regierung in eine solche Stellung versetzt werden soll; und wir sind der Meinung, daß kein Preis zu hoch ist, um den man es erlangen kann, daß die preußische Verfassung eine „Wahrheit" wird.

Von allen den Abänderungsvorschlägen, die der König macht, erregt nur die Errichtung der Pairie bei der Mehrheit der Kammern einen ernsten Anstoß. Daß dem Widerstande, welchen die Mehrheit in beiden Kammern der Aufnahme eines ständigen und erblichen Elementes in die Zusammensetzung der ersten Kammer entgegensetzte, nichts anderes zu Grunde lag, als das revolutionaire demokratische Gelüste der Gleichmacherei, muß einem Jeden klar geworden sein, der den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit gefolgt ist. Die Gründe, welche zur Rechtfertigung dieses Widerstandes angeführt wurden, da man den wahren Beweggrund sich selbst nicht einzugestehen wagte, waren so schwach, daß man dieselben unmöglich für ernstlich gemeint halten konnte. Denn der vornehmste Grund, den man vorschützte, war, daß eine Pairie sich nicht machen lasse, weil sie, um wirklichen Einfluß und Ansehn im Volke zu erlangen, nicht plötzlich aus dem Nichts hervorgerufen werden dürfe, sondern mit der ganzen Geschichte des Staats verwachsen sein müsse. Dieser Einwand kam sonderbar genug von derselben Seite, die beinahe in keiner andern Beziehung das Geringste von einer geschichtlichen Berechtigung wissen wollte; er schlug sich aber offenbar selbst, weil er mit gleichem Rechte gegen das ganze Verfassungswerk geltend gemacht werden konnte; denn auch eine Verfassung kann erst dann auf wirkliche Geltung und auf dauernden Bestand rechnen, wenn sie durch eine lange Reihe von Jahren das Eigenthum des Volkes geworden und mit allen seinen Sitten und Gewohnheiten verwachsen ist. Solche große geschichtliche Familien, die im Volke bereits als die Träger politischer Macht angesehen worden wären, konnte es aber eben deßhalb in Preußen nicht geben, weil es keine Verfassung gab, die überhaupt irgend eine politische Macht, außer jener der Krone, anerkannt hätte.

Daß es übrigens keinesweges unmöglich ist, eine Erb-Aristokratie und folglich auch eine Pairie aus dem Nichts hervorzurufen, hat Napoleon bewiesen, dessen Herzoge, Grafen und Barone, und zwar keinesweges bloß die durch ihre Kriegsthaten mit volksthümlichem Ruhme umgebenen, nicht allein den Sturz des Kaiserreiches, sondern auch die seitdem erfolgten Revolutionen überdauert

Feuilleton.

An die Vorkämpfer für das Recht der Christen.

(Fortsetzung.)

Wie ist es aber mit dem „Staat"? Giebt es vielleicht auch den unsichtbaren, welcher der eigentliche, ewige, und den sichtbaren, welcher nur der mangelhafte zeitliche Abglanz des ewigen wäre? Eine trostlose Aussicht, wenn man sich darauf gefaßt machen müßte, daß von dem Streite über die Trennung des „Staates" von der Kirche im ewigen Leben, abseiten der Seelen von Professoren und ihren Schülern, die Fortsetzung zu erwarten wäre. Aber nein, Gott sei Dank! Von einer Ordnung Gottes „Staat" ist in Gottes Wort nichts zu finden. Wohl steht geschrieben das Recht und die Gebote Gottes und daß diese für alle Menschen, einzeln oder in Reichen, Ländern, Städten, wie es nun gerade kommt, zusammen lebend, maaßgebend sind. Wohl stehet geschrieben, daß wir das Recht und die Gebote Gottes in der Anwendung auf das Leben nicht richtig verstehen und daß wir denselben nicht von Herzen unterthan sein können, ohne durch den Glauben an Jesum Christum. Wohl stehet geschrieben von Kaiser und Königen, Fürsten und Rathsherren, Hauptleuten und Richtern, und daß sie alle dem Worte Gottes gehorchen sollen, gleich wie die Geringsten im Volke. Wohl steht geschrieben von einem besonderen Amte, das Gott auf Erden, wo Menschen zusammenleben, geordnet haben will, nämlich von dem Amte der Obrigkeit — aber von einer Ordnung oder Anstalt „Staat" ist in der Schrift nirgend eine Spur. Dieser Staat, um welchen gestritten wird, und auf den sich Jeder als auf eine höhere Ordnung beruft, um dem eigenen Gebilde eine Amtskleidung umzuhängen, ist nicht eine Ordnung Gottes, sondern er ist ein Ideal, zu Deutsch: Ein Hirngespinnst. Mögen immerhin im Kopfe eines Mannes, der von Herzen ein Christ ist, Hirngespinnste eine andere Gestaltung annehmen, als im Kopfe eines Menschen, der das Wort Gottes verachtet, mag es immerhin sinnige oder unsinnige geben, geistreiche oder geistlose — Hirngespinnste sind und bleiben unter allen Umständen Hirngespinnste. Möge es, das wünschen wir, niemals verwehrt werden, dergleichen Phantasie-Gebilde gegen einander aufzustellen und sich darüber zu streiten, wessen Product das beste sei — aber jedes Ding zu seiner Zeit und am rechten Orte. Im Kampfe um Wirkliches und Wesentliches kann uns das Eingehen auf solche wesenlose Erzeugnisse menschlicher Einbildung nicht nur gefährlich werden, nein, es muß uns ohne Rettung ins Verderben führen.

Da erklang neulich aus dem Munde eines andern unserer Führer das Wort, welches uns Gemeinen längst auf dem Herzen gebrannt hat, so daß wir es bei dem Streit um den vermaledeiten „Staat" vor Leidwesen schier nicht mehr aushalten konnten, das Wort:

Wir haben ein uraltes Grundrecht, das Recht,
von einer christlichen Obrigkeit regiert zu werden.

Hoch! Dreimal hoch! Das fuhr durch Mark und Bein! So ist es und dies das einzig richtige Wort! So, und nur so, muß es auf den Bannern stehen, denen wir Gemeinen mit Vertrauen folgen sollen. In diesem Worte von der christlichen Obrigkeit ist Alles enthalten, wofür wir streiten und wovon wir nicht lassen wollen bis in den Tod. Staat hin, Staat her, damit ist es nichts als willkürliche Gedankenspielerei. Wir glauben nicht an den „Staat" und wollen vom „Staat" nichts wissen, weder vom christlichen, noch von irgend einem anderen. Wir haben das Recht, von einer christlichen Obrigkeit regiert zu werden, d. h. wer über uns das Amt der Obrigkeit verwaltet, der muß ein getaufter Christ sein und muß sich verpflichten, das Regiment nach christlichen Grundsätzen zu führen. An diesem Rechte hängt jedes andere unserer Rechte, unsere Freiheit, Ehre, Sitte, Eigenthum. Alles was uns heilig, lieb und werth ist und dieses Recht geben wir nicht auf, nie und nimmer! Mögen sie nur auf das Papirr schreiben zum Staat, was sie wollen und mögen, selbst Minister — reden vom „Staat" und was „er" will, soll, kann oder muß — das Alles sind für uns lauter Thorheiten und Schnörkeleien, alles leerer, todter Wust, der bis auf den letzten Staubfaden ausgekehrt werden muß. Nicht wir alle, ich und diejenigen, als deren Sprecher ich hier auftrete, sind Unterthanen Sr. Majestät Ihres Königs. Aber das thut in dieser Sache unserm Recht, zu Sr. Majestät dem König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., zu sprechen, keinen Eintrag. Hier handelt es sich um jine gemeine Sache aller Deutschen und ständen wir vor Sr. Maeestät, wir sprächen zu Ihm in Ehrfurcht so: Königliche Majestät! Die Deutschen haben ein uraltes Grundrecht, das besteht darin: Sie haben das Recht von einer christlichen Obrigkeit regiert zu werden. Gegen dies Recht rotten sich Meuterer zusammen; die christliche Obrigkeit wollen sie nicht mehr, obwohl sie doch gleich wie wir ihr die Treue versprochen haben. Um ihrer Empörung gegen Gott, Obrigkeit und anerkanntes Recht einen Schein des Rechts zu geben und einen Deckel, hinter welchem sie ihr gegebenes Versprechen, ihr Verbrechen, ihre Treulosigkeit gegen uns Alle, ihre arge List, Verrätherei, Herrschsucht und die ganze Summa ihrer Bosheit bedecken und bis zur gelegenen Zeit verborgen halten könnten, haben sie ein Götzenbild gemacht, ein goldenes Kalb, das nennen sie Staat; und ein Gerede haben sie erfunden, das nennen sie die Lehre vom Staat. Solches Götzenbild wollen sie zwischen uns und die rechte Obrigkeit schieben und wollen uns überreden und zwingen, ihrer falschen Lehre zu glauben, vor ihrem Götzenbilde niederzufallen, es anzubeten und alle dem zu gehorchen, wovon sie uns vorreden, es sei sein Wille; gleich als ob ihr Götze über der Obrigkeit stehe, als sei er Gott. Und Viele, die es wohl treu in ihrem Sinne meinen, lassen sich täuschen, beugen sich vor dem Götzenbilde und reden mit vom Staat, streiten darüber hin und her, als möchten sie was Christliches herausformen, da es doch nur ein leeres Traumgebilde des Menschengeistes ist. Und die Obrigkeiten der deutschen Lande weichen zurück vor dem Götzenbilde und lassen die Gemeinen hülflos. Wir aber wollen dennoch von unserm Rechte nicht weichen, wir wollen uns dem Götzen nicht beugen, sondern sprechen ihm Hohn. Wir sind freie Männer und beugen uns allein vor Gott und vor dem Amte, das Er gesetzt hat. Wir halten fest an diesem Rechte, weil wir wissen, daß in demselben wir alles bewahren oder wiedergewinnen werden, was uns an Rechten und heilsamen Ordnungen für das gemeine Wesen Noth thut und weil wir ebensowohl wissen, daß, dieses Recht aufgebend, wir sammt und sonders an Leib und Seele zu Grunde gehen müssen. Ew. Majestät sind der Mächtigste der von Gott über Deutschland bestellten Wächter solches unseres Grundrechtes und wenn wir ehrfurchtsvoll die Frage aussprechen: Halten sich Eure Majestät in Ihrem Gewissen unauflöslich an solches Wächter-Amt gebunden? So wissen wir, daß die Stimme des angeredeten Gewissens nicht anders antworten kann und wird, als mit: „Ja! Ich und mein Haus, wir haben gelobt, dem Herrn zu dienen!" In dieser Antwort getrösten wir uns, zunächst Ew. Majestät Unterthanen, danach aber auch nicht minder wir übrigen Deutschen insgemein, des Sieges für unser gutes Recht und bitten Ew. Majestät, Ihren Räthen Befehl zu ertheilen, uns in dem Kampfe um unser gutes Recht überall tapfer beizustehen gegen die Feinde Ew. Majestät, der übrigen deutschen Obrigkeiten und des guten Rechtes, unseres uralten Grundrechtes auf eine christliche Obrigkeit.

So würden wir Gemeinen sprechen. Wir würden uns einer Antwort versehen, die uns nicht trostlos weggehen ließe. Doch es hält schwer für die Gemeinen, den Vortrag ihrer Gedanken unmittelbar der Königlichen Majestät vernehmbar zu machen. Aber bis zu Ihnen, meine Herren, dringen wir wohl ohne Weiteres durch. Erwägen Sie unsere Worte in Ihrem Herzeu, sie kommen aus dem Herzen. Wir sind entschlossen, mit dem „Staat" keinen Frieden einzugehen und nicht zu ruhen noch zu rasten, bis wir diesen Todfeind gemeiner deutscher Freiheit mit Hülfe Gottes überwunden und zum Lande hinausgeworfen haben. Wenn Sie darauf rechnen, daß wir Gemeinen Ihnen folgen sollen, so betreten Sie ferner nicht den Boden des „Staats"; wir wissen, daß er Ihnen unter den Füßen schwinden wird und gehen nicht mit. Vom Königreich Preußen wissen wir, daß es auf dauerhaftem Grunde belegen ist und seine Stellung innehält; der „preußische Staat" dagegen könnte bei Gelegenheit auf die Idee kommen, „über den König hinauszutreten", wie der Herr Professor sagt, womit uns Gemeinen aber überall in Deutschland in keiner Weise gedient ist. Bleiben wir Alle mit vereinten Kräften auf dem Grunde des guten Rechtes der christlichen Obrigkeit. Dann haben wir eine feste Burg, uneinnehmbar.

Noch Vieles haben die Gemeinen, für die ich das Wort führe, für Sie auf ihrem Herzen wegen unserer Rechte, Freiheiten und Ordnungen in Stadt und Land, wie sie einst waren, im Laufe der Zeit aber von der Dienerschaft eben jenes Götzen „Staat" fast überall zu Unrecht, Knechtschaft und Unordnung verkehrt worden sind. Aber wie eine Kette an einem Ringe, so hängt es Alles an dem Einen, welches, wenn nicht alle Mühe vergeblich sein soll, zuerst aus der allgemeinen Verwirrung in's Klare gebracht und sicher befestigt werden muß. Dieses Eine ist:

Unser uraltes Grundrecht auf eine
christliche Obrigkeit.

Eingesandt zur Erwägung von der Nieder-Elbe. †

haben, da sie selbst unter der Republik ungeachtet der Abschaffung der Adelstitel ihre hervorragende Stellung in der Gesellschaft behaupten. In Preußen hat man es nicht nöthig eine Pairie zu schaffen. Man darf nur die vorhandenen Höhen und Größen in der Gesellschaft nicht künstlich abtragen, um hinreichende Elemente einer Pairie vorzufinden.

Berlin, den 16. Januar. Es wird uns mitgetheilt, daß dem Aufrufe vom 10. Januar (N. Pr. Ztg. Nr. 11.) der Name des Abgeordneten Bieck aus Versehen zugefügt ist.

†§ **Neu-Ruppin**, 13. Januar. [Zustände.] Bei aller anscheinenden Ruhe dauern die Wühlereien doch fort und ergreifen jetzt zumal den Bauernstand, der sich lange Zeit derselben erwehrt hatte. Vor allem ist es der Köder der freien Jagd und der Aufhebung der Steuerbefreiung, an welchen man ihn anbeißen läßt. Vor einigen Wochen war hier eine Bauernversammlung zu diesem Behufe veranstaltet, und dieselbe von der Blüthe unserer Demokratie reich besucht. Der Prediger Ramdohr in Krenzlin, auf dessen ernste und wohlwollende Rede man sonst gern gehört hatte, fiel jetzt durch gegen die kostbare Staatstheorie eines ehemaligen Weiß- oder Lohgerbers, von der ich Ihnen gern einige Curiosa mitgetheilt hätte. Zu gleicher Zeit betrieb man für einen hiesigen hochdemokratischen Lehrer eine Petition an die Stadtverordneten, daß dieselben sich bei der Regierung für diesen hochverdienten Mann verwenden möchten. Die Stadtverordneten sind einsichtig genug gewesen, diese Petition zurückzuweisen. Es galt der Verwendung für einen Lehrer, der eben die Disciplinar-Untersuchung erwartet, über welche ich später wohl Näheres mittheile.

┼ **Frankfurt a. d. O.**, den 15. Januar. (Adresse.) Am 13. Januar hat wegen der Königl. Botschaft vom 7. Januar der hiesige Verein für König und Vaterland eine Dankadresse an Se. Majestät den König einstimmig beschlossen und den 14. abgehen lassen.

Stettin, den 8. Jan. In der Sitzung des constitutionellen Centralvereins am 3. d. M. kam die Reichstagswahl und die preußische Gemeinde-Ordnung zur Sprache. Es wurden demnach die auch in der offiziellen Zeitung der pommerschen constitutionellen Vereine mitgetheilten Anträge aufrecht erhalten. Dieselben lauten: Wir beantragen: 1) daß die Gesetzgebung den Unterschied zwischen Stadt und Land aufrecht erhalte; 2) der zu revidirenden und zu erweiternden Städte-Ordnung eine Landgemeinde-Ordnung an die Seite setze, 3) in der Städte-Ordnung die Timokratie nach Klassenwahlen interimistisch einführe, 4) auf den größern Gütern das natürliche monarchische Verhältniß (mit bestimmter Regelung der Rechte der Dienenden) erhalte, 5) die persönliche Vertretung in den Bauergemeinden beibehalte, 6) die Bildung von sogenannten Sammtgemeinden aufgebe, 7) und sich überhaupt begnüge, die allernothwendigsten allgemeinen Bestimmungen zu geben, dagegen der freien Entwickelung in den einzelnen Gemeinden möglichst Raum lasse, 8) das Ganze aber natürlich unter gesetzlich geregelte Kontrolle der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertretung stelle, so wie unter Aufsicht des Staates selbst behalte.

†† **Königsberg**, 13. Januar. [Lokales.] Gegen Grünhagen ist eine Untersuchung wegen Gotteslästerung, deren er sich in der letzten Versammlung des Arbeitervereins schuldig gemacht haben soll, vom Staatsanwalt beantragt. — Die neue Königsberger Zeitung veröffentlicht uns in ihrem Feuilleton einzelne Stellen aus der Rüstowschen Schrift, nachdem sie vorher an die Polizei eine Warnung erlassen hat, sie möge nicht von der falschen Ansicht ausgehen, daß aus einer Schrift, in welcher einige Stellen — nicht für strafbar — sondern nur für geeignet zur Verhängung einer vorläufigen Beschlagnahme befunden sind, Nichts, auch das Unverfänglichste, nicht mitgetheilt werden dürfe, ohne eine neue Beschlagnahme hervor zu rufen. — Heute sind die hier erscheinenden „fliegenden Blätter" von der Polizei mit Beschlag belegt worden. — Ein hiesiger jüdischer Kaufmann, welcher der Majestätsbeleidigung angeklagt ist und vor die Geschworenen in Bartenstein in den nächsten Tagen kommt, soll bei der Gemeinheit der Ausdrücke, deren er sich bedient hat, keinen Vertheidiger haben finden können.

N. **Breslau**, den 14. Jan. (Die Presse zu der königlichen Botschaft.) Die Luft wird immer reiner. Die Schlesische Zeitung schmeichelt dem Ministerium giebt die Krone Preis und tobt gegen die „Partei Stahl-Gerlach." „Die Thatsache ist eine der schwersten Prüfungen; Preußens Genius wird von Männern verdunkelt, welche nichts gelernt und nichts vergessen haben." Das wagt ein Blatt zu sagen, das seine radicalen oder monarchistischen, preußischen oder antipreußischen Inspirationen von je aus der zu verhoffenden Abonnentenzahl geschöpft hat.

Unsere „Ehrlichen" sind, wie sie ehrlich gestehen, voll Bestürzung und Schmerz. Alle ihre schönen Träume von der Freisinnigkeit, in welche die preußische Verfassung zu Erfurt zurückrevidirt werden sollte, sind vor den ersten Strahlen der Sonne in Nebel zerronnen. Zwar hat's die Breslauer Zeitung von ihrem Berliner Correspondenten, und dieser hat's von einem Abgeordneten, und dieser von einem Mitgliede des Ministeriums, daß das Ministerium mit der königlichen Botschaft seinen puren Spaß treibe. Aber solcher Spaß ist unsern klugen Professoren denn doch zu rund. Besser ist das Manöver, die königliche Berechtigung zu der ganzen Botschaft in Zweifel zu ziehen, das Volk mit den „Ausnahmsgerichten" zu schrecken und fort und fort zu versichern, die Kreuzzeitung jauchze laut auf, alle ihre Wünsche seien erfüllt. Auch das ist kein übler Griff, daß der Centralverein sich an die Spitze der Opposition gegen den Wahlmodus des Gemeindegesetzes stellt, um dadurch die Kleinbürger zu fahen. Alles aber verdirbt er wieder durch sein jüngstes Manifest, in welchem er die Provinzialen überreden will, die Lähmung seiner selbst sei „dem Mißtrauen zuzuschreiben, welches durch die Mischung mit reactionären Elementen hervorgerufen wurde." Dumm machen lassen wir uns nicht. Wenn irgend wer, so sind es diese Centralen, die nichts gelernt, aber Alles vergessen haben.

Pfiffiger greift die Oderzeitung die Sache an, indem sie Tag für Tag die Constitutionellen wie die Conservativen mit Hohn aus ihrer unterthänigen Folgsamkeit zum Widerstande aufzustacheln bemüht ist. Doch kann sie auch hierbei nicht unterlassen den Pferdefuß hervorzustrecken, indem sie versichert, dem Könige brauche nicht erst geschworen zu werden, er sei ja in der Verfassung mit inbegriffen.

Z **Halle**, den 14. Januar. [Adresse. Wahlen.] Der hiesige Preußen-Verein für constitutionelles Königthum hat so eben an das Hohe Staatsministerium folgende Adresse abgeschickt:

Je freudiger der Hallische Preußen-Verein für constitutionelles Königthum die Königliche Botschaft vom 7. d. M. begrüßt und gefeiert hat, desto lebhafter fühlt sich derselbe gedrungen, dem Hohen Staatsministerium seinen tiefgefühltesten Dank für die Vervollkommnung auszusprechen, deren sich die Verfassung durch Sein muthiges und weises Vorangehen zu erfreuen haben wird. Mag es immerhin nicht an Widerspruch fehlen, mag auch die Verkennung dessen, was das Hohe Staatsministerium anstrebt, sich aus den verschiedenartigsten Rücksichten geltend machen, so wird doch, wie wir fest überzeugt sind, kein Hemmniß und keine Verdächtigung von der Verfolgung eines Weges abhalten, auf welchem sich die Regierung der vollsten Beistimmung und der redlichsten Hülfe aller derer versichert halten kann, welche feste Grundlagen der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes als unerläßlich betrachten und für letzteres freudig mit Gut und Blut einzustehen gewillig sind.

Die Vorbereitungen der conservativen Wahlcomitees gehen ihren Gang und wenn auch das Endresultat seiner Bemühungen sich keinesweges mit Sicherheit voraussehen läßt, so ist doch schon durch das selbstständige Auftreten der wahrhaft conservativen Partei ein nicht hoch genug zu schätzender Schritt zum Bessern geschehen, welcher uns früh oder spät nothwendig weiter führen muß.

§ **Halle**, 15. Jan. [Adresse.] Gestern hat auch der hiesige Treubund wegen der Königl. Botschaft vom 7. d. M. eine Dankadresse an das Staatsministerium abgeschickt.

Magdeburg, 14. Januar. Wir machen darauf aufmerksam, daß am 26. Januar d. J. alle Banknoten à 50 Thlr. der Leipziger Bank, welche bis dahin nicht zur Einwechselung gekommen, für präkludirt erachtet werden. (M. Z.)

— Auf das Inserat des Herrn Schünemann in der Magdeburger Zeitung und dessen Erklärung in Nr. 21. des Correspondenten bemerkt die Redaktion (des Magdeburger Corresp.) vorläufig, daß bereits von dem Berichterstatter über die freigemeindlichen Vorgänge in Halberstadt (Nr. 4. d. Corr.) eine nähere Motivirung seiner Angaben erbeten wurde. Bis diese eingegangen ist, bleibt eine Erwiederung auf die „Erklärung", namentlich auf die Behauptung, daß am zweiten Feiertage von dem angeführten Gegenstand nicht die Rede gewesen sei, weil der Redner in Osterwieck beschäftigt war, noch ausgesetzt, obgleich bereits anderweitig zugegangene Berichte die Erzählung des Halberstädter Referenten bestätigen. (M. C.)

÷ **Aus dem Hötensleber Winkel**, den 14. Januar. („Schleichereien." Wahlmüdigkeit.) Es gehen hier in den einzelnen Ortschaften allerlei Bummler und ähnliches Gelichter um, welche als verkappte Agenten ihres unheimlichen Meisters dessen nichtsonntägliches Sonntagsblatt auf allen nur möglichen Schleichwegen anzubringen suchen, indem sie den durchweg noch kirchlichen Leuten sagen: „sie sollten statt ihres unsinnigen Kirchengehens lieber dies Blatt lesen, das von dem Manne (Uhlich) herrühre, welcher ihnen die Jagdfreiheit verschafft, und Gänseweide und noch mehr habe verschaffen wollen; aber darum eben von den schrecklichen Reactionärs und Pfaffengeschmeiß von seinem Pfarramte verjagt sei". (!!!) — Merkwürdig consequent dabei und genau nach der bekannten Accommodationstheorie ihres Lehrers wird bei den wenigen Grundbesitzern, wo man ankommen kann, das Jagdrecht (nämlich das neue) hervorgehoben und das Andere natürlich verschwiegen, während bei den sogenannten kleinen Leuten die Gänseweide noch mit 5 bis 15 Morgen Kirchen-, Pfarr- und Gemeindeacker vergrößert und ausgeschmückt wird. —

Zugleich sucht man bei dieser Gelegenheit die allgemeine Wahlmüdigkeit der hiesigen Leute (aus mißverstandenem Patriotismus, nach welchem unser lieber König von Gottes Gnaden, wie früher, allein das Regiment führen soll) dahin auszubeuten, daß man die Patrioten in diesem Irrthum bestärkt und so thut als wirke man gleichfalls für den König und die Wiederherstellung seiner Machtvollkommenheit, während man hinter dem Rücken der Getäuschten sich über dieselben lustig macht und die Zeit herbeiwünscht, wo Alles Kopf über Kopf unter gehen soll, um dann gierig die Hand nach fremdem Gut auszustrecken. —

Noch sind wir, Gott sei Dank! nicht so weit. —

Bald aber würden wir dahin kommen, wenn nicht bei Zeiten solchen und ähnlichen Schleichereien ein Damm entgegengesetzt wird.—

Düsseldorf, den 12. Jan. (K. Z.) Auch die fernere Wahl der Gemeinde-Verordneten in der ersten und zweiten Klasse fiel ganz in dem letzt gemeldeten Sinne aus. Es ist somit dieser wichtige städtische Act im Ganzen zur Zufriedenheit der Stadt, wenn auch nicht der Demokraten, ausgefallen, und steht zu hoffen, daß diese Lehre bei den bevorstehenden Wahlen zum Volkshause in Erfurt den Conservativen von Nutzen sein möge.

⊥ **Düsseldorf**, 14. Januar. (Lokales.) Unsere Gemeinderathswahl ist nunmehr beendigt. In demselben sind Mitglieder von den verschiedensten Meinungen. Mit allgemeiner Spannung wird der ersten Sitzung und schon mit zuverlässiger Gewißheit den hartnäckigsten Zwisten und Kämpfen des neuen Gemeinderaths entgegengesehen.

Man amüsirt sich indeß hier mit carnevalistischen Witzen, indem der Hanswurst nunmehr in sein Recht getreten ist. Etwa 7—8 Carnevals-Gesellschaften haben sich hier gebildet und halten ihre wöchentlichen Sitzungen, verbunden mit Bällen und Tanzvergnügen jeglicher Art.

Elberfeld, den 13. Jan. Vorgestern brachen mehrere Diebe Abends in den Manufacturladen eines bewohnten Hauses mit unerhörter Frechheit ein, zündeten das Gaslicht an und schleppten eine Menge von wollenen und seidenen Waaren, im Werthe von 700 Thlr., so wie einiges baare Geld fort. Als der Laden ausgeräumt war, bemerkte man den Einbruch, die Polizei setzte sofort den Dieben nach, und man fand dicht vor der Stadt an der Wupperbrücke sämmtliche gestohlene Sachen wieder. Die Diebe selbst aber mit dem baaren Gelde sind entwischt. — Aehnliche freche Diebstähle kommen jetzt öfters in der Stadt vor. (Rh. W. Ztg.)

Wien, den 13. Januar. Unter dem Vorsitze des Ministers für Landeskultur- und Bergwesen wird eine Commission, bei welcher auch das Handelsministerium in geeigneter Weise vertreten sein wird, zum Behufe der Berathung eines im Entwurfe bereits fertigen Forstgesetzes demnächst zusammentreten. — Die Verfassung des Kronlandes „Ober- und Niederschlesien" steht auf dem Punkte, veröffentlicht zu werden. Das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationalitäten erscheint auch darin ausdrücklich aufgenommen. Jeder der bekannten drei Wahlkörper wird zehn Abgeordnete zum schlesischen Kronlandtage nach Troppau zu entsenden haben. — Die heute hier eingetroffene Nummer der Pesther Zeitung bringt 48 neue kriegsrechtliche Verurtheilungen, zum größten Theil ehemalige k. k. Offiziere betreffend.

Morgen erscheint das VII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, welches unter Nr. 10. einen Erlaß des Finanzministers vom 11. d. enthält, womit die Vollzugsvorschrift zu dem kaiserl. Patent vom 29. October 1849 über die Einführung der Einkommensteuer bekannt gemacht und vom Tage der Kundmachung angefangen in Wirksamkeit gesetzt wird. — Aus Venedig wird unterm 10. d. berichtet: Seit dem Jahre 1829 hatten wir hier keinen so hohen Schnee, als heuer. Schon drei volle Tage arbeitet man, um den Markusplatz vom Schnee zu säubern. Die St. Markus-Bibliothek, unter der Leitung des gelehrten Abbate Valentinelli, ist dem Publikum wieder geöffnet.

Wien, 13. Jan. Die „Narodni Noviny" meldet, daß Ban Jellacic so lange in Wien verweilen werde, bis die Organisation der ihm unterstehenden südslavischen Provinzen vollendet und bestätigt sein wird. Den Angelegenheiten der Militärgrenze widme derselbe ebenfalls große Sorgfalt. Die Correspondenz des Banal-Rathes mit dem Central-Ministerium werde in der Landessprache geführt, und hofft die „Narodni Noviny", daß das Ministerium bald ebenfalls auch in der czechischen Sprache mit den böhmischen Regierungsbehörden korrespondiren werde.

Im Handelsministerium wurden, dem „Lloyd" zufolge, Verhandlungen angeknüpft, welche gleichmäßige Grundsätze und Bestimmungen für den Posten-Verkehr mit Deutschland herbeiführen sollen.

Nach einer auf amtlichem Ausweis beruhenden Durchschnittsberechnung werden in Wien jährlich unter Anderem eingeführt und verbraucht: 270,000 Eimer Wein, 990,000 Eimer Bier, 100,000 Stück Ochsen, Kühe und Kälber größerer Gattung, 100,000 Stück Kälber kleinerer Gattung, 70,000 Stück Schweine, 2,100,000 Stck. Geflügel, 38,000 Centner Speck und Schmalz, 60 Millionen Stü. Eier, 13 Millionen Maß Milch, 200,000 Ctr. Brodfrüchte, 900,000 Ctr. Mehl, 500,000 Ctr. Kartoffeln und Rüben und 130,000 Klafter Brennholz.

Würzburg, 11. Jan. Das Commando der Stadtwehr veröffentlicht einen Regierungs-Erlaß, demzufolge die Stadtwehr aufgelöst wird, weil man ihre Gewehre für die Armee brauche.

Heidelberg, 7. Jan. Eine Anzahl preußischer Soldaten errichtete hier ein Theater, bei welchem mannheimer Schauspielerinnen die weiblichen Rollen übernommen haben. Die bisjetzt aufgeführten Stücke sind gegen alle Erwartung, wie auch die Einnahmen sehr gut ausgefallen. Der Reinertrag wurde von den Spielenden schon einigemal an die Besserungsanstalten sittlich-verwahrloster Kinder in Durlach freiwillig abgetreten, was allgemeinen Beifall findet. (Würt. St.-A.)

§§ **Frankfurt a. M.**, den 12ten Januar. (Notizen). Der Ex-Reichsminister der Justiz, dermalige kgl. hannöversche Legationsrath Detmold, steht, kaum nach Frankfurt zurückgekommen, im Begriff, zum zweiten Male sich zu vermählen. Seine Auserkorene, in deren Begleitung er so eben die üblichen Etiquettevisiten ablegt, ist die jüngste Tochter des Schöff von Guaita, der zum Oesteren das Amt eines ältern Bürgermeisters bekleidete und, dermalen ein hochbetagter Mann, den Staatsgeschäften Lebewohl gesagt hat. Dieses Ehebündniß macht großes Aufsehen in unsern Salons.

Die interimistische Centralcommission hat ein auf der Zeil belegenes sehr geräumiges Gesellschafts-Lokal in Miethe genommen, zu welchem jedoch auch andere Personen, die ihrem Beamtenpersonale nicht beizählen, unter Beobachtung der für solche Kreise üblichen Förmlichkeiten Zutritt haben und wo für Lectüre und andere Unterhaltungsmittel in reichlichem Maße gesorgt ist.

— Der großbritannische Gesandte, Lord Cowley, veranstaltete heute Mittag eine große Schlittenfahrt nach Bad Homburg, an welcher auch viele Offiziere unserer Garnison Theil nahmen. Die Gesellschaft traf um 8 Uhr in Begleitung des Musikkorps des preußischen 8. Cürassierregiments und unter Fackelschein hier wieder ein.

Aus dem obern Voigtlande, 8. Januar. Die D. A. Z. schreibt: Gestern Abend hatten wir das Glück, zum ersten Male eine kleine Abtheilung österr. Militärs auf sächsischem Grund und Boden zu bewundern. Glauben Sie aber nicht etwa in feindlicher oder politischer Beziehung, sondern lediglich in gesellschaftlicher; dessenungeachtet aber gestaltete sich die Lage der Dinge im Wirthshause bald sehr feindlich, so daß es zwischen sächsischen Bürgern oder Bauern und österr. Soldaten vom Regiment Emil beinahe zu Thätlichkeiten gekommen wäre. Es waren 5 Mann und eine Marketenderin, die dem Regimente von Komorn her gefolgt war, darunter 3 Corporale, 1 Gefreiter und 1 Gemeiner, Letzterer ein Czeche, Erstere Mähren, die Marketenderin, von unbestimmter Nationalität, sprach aber sehr gut deutsch, böhmisch, magyarisch und italienisch.

Weimar, den 12. Januar. (D. A. Z.). Dem Landtag ist der Entwurf eines neuen Heimathgesetzes mitgetheilt worden, indem das bisherige in Folge der neuen Landgemeindeordnung vielfach abgeändert werden mußte. — Der Landtag hat das Gesetz über den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte nunmehr gänzlich abgelehnt, da die von demselben beschlossenen Aenderungen nach Annahme des Strafgesetzbuchs im Ganzen nicht mehr paßten.

Dagegen wurde eine Regierungsvorlage wegen Gründung neuer Schulen und der dazu erforderlichen Mittel angenommen. Hiernach sollen in Weimar, Eisenach und im neustädter Kreise Secundärschulen gegründet, die Lehrerseminare in Weimar und Eisenach in Fach- und Berufsschulen umgestaltet und endlich die als Privatanstalt bestehende Realschule in Eisenach vom Staat übernommen und reorganisirt werden.

Köthen, 15. Januar. Aus Köthen geht uns die Nachricht zu, daß der Vereinigte Landtag in seiner Sitzung vom 15. den Gesetzentwurf über die Wahl eines Abgeordneten zum Erfurter Volkshause angenommen habe. Ferner kam die Frage wegen der Civilehe zur Berathung, und hier ward der Beschluß gefaßt, daß die Eheschließungen fortan entweder durch kirchliche Trauung oder durch den bloßen Civilakt vollzogen werden können. Im Falle einer kirchlichen Trauung muß von dem geschlossenen Ehebündniß binnen 48 Stunden durch den Geistlichen Anzeige an die Civil-Behörde gemacht werden.

⊞ **Hamburg**, 14. Januar. [Verfassungs-Stand.] Das heute versammelt gewesene Collegium der Hundertundachtziger hat sich per majora für die Proposition des Rathes hinsichtlich Annahme des Neuner-Verfassungs-Projektes erklärt. Am nächsten Donnerstage wird die Erbgesessene Bürgerschaft über das Project abstimmen. —

Lübeck, 11. Jan. Heute Mittags hielt der neue Gesandte der französischen Republik bei den Hansestädten, Hr. de Salignac-Fenelon, eine feierliche Auffahrt vor unserem alterthümlichen Rathhause und überreichte dem in pleno versammelten Senate sein Beglaubigungs-Schreiben.

Schleswig, den 14. Januar. Die von der Landesverwaltung dem adligen St. Johannis-Kloster angedrohte Execution ist eingetreten. Dasselbe ist mit 48 Mann belegt worden. Die Mannschaft ist theilweise auf der Freiheit, theilweise auf dem Holm einquartiert. Der Probst v. Bülow gab am Tage des Einzugs dieser Visite eine glänzende Fete. Auch in den sogenannten dänischen Wohld (Wald, wo sich in uralter Zeit die Dänen angesiedelt hatten), auf das adelige Gut Hohenlied sind 10 Dragoner und ein Officier hingelegt.

Ausland.

Frankreich.

** **Paris**, den 13. Januar. Der Constitutionnel behauptet, die Nachrichten über die Forderung von 20 Mill. der Familie Bonaparte an Frankreich seien unrichtig. Dasselbe Blatt erklärt alle Gerüchte über eine Expedition nach Montevideo für unbegründet. Das Evénément sagt: vor zwei Tagen war die Expedition so beschlossen, wie die meisten Journale gemeldet, heute freilich hat der Constitutionnel Recht, denn seitdem hat sich der Wind gedreht. Die Patrie dementirt die Gerüchte von der gestern mitgetheilten ministeriellen Rede gegen die Nationalvertretung. Die Opinion Publique hatte gestern erzählt, zwei hohe Speculanten hätten an der Börse 3—4 Mill. durch die letzte Hausse gewonnen u. s. w. Heute verlangt der Moniteur, die Opinion solle die beiden hohen Speculanten namhaft machen. Alexandre Dumas Vater erklärt in den Blättern, daß nicht er, sondern sein Sohn Alexandre Dumas Mitarbeiter an dem Journal Napoléon sei. Herr Perrée hatte in einem offenen Briefe an Herrn Chambolle, Redacteur des Ordre, den Courrier de la Gironde republikanisch genannt. Heute liest man in diesem Blatte: Wir bemerken dem Bürger Perrée, daß wir weder Republikaner vom Tage vorher, noch vom Tage nachher, sondern gute Royalisten sind.

Proudhon ist einen Tag in Freiheit gewesen, er erhielt vom Polizeipräfecten Erlaubniß, St. Pelagie auf 24 Stunden zu verlassen, um sich mit Fräulein Piegard trauen lassen zu können. Ja, trauen lassen, nicht blos bürgerlich, sondern auch kirchlich. Fräulein Piegard wollte es nicht anders und der Chef der Socialisten war gehorsam. Die junge Frau hat eine Wohnung St. Pelagie gegenüber bezogen und besucht ihren Gemahl zu allen Stunden, da es die Hausordnung erlaubt.

Mehr als je richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf den General Changarnier, der einsamer als je, vom Elysée wie von der Majorität der Legislative gleichweit entfernt, eine fast unabhängige Stellung einnimmt und sich mit dem Dienste so eifrig beschäftigt, daß man fast nie mehr die elegante Gestalt und das lächelnde Antlitz des berühmten Kriegers in den Sitzungen der Nationalversammlung bemerkt. Die Militairs haben seit Napoleons Zeit nie solchen Respect vor einem Führer gehabt, wie vor Changarnier. Neulich sagte er in einem Salon, wo man ihn frug, was ihn jetzt gerade so auffallend ernst stimme? „Die Zeit kommt und sie ist schon nahe, in der die Armee, deren Führer ich bin, die letzte Rettung der gesellschaftlichen Ordnung in Frankreich sein wird."

Die Initiativ-Kommission hat sich für den Antrag der Herren Baudin und Genossen ausgesprochen. Derselbe lautet: Jedes

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 17. Januar 1850.

— Ihre Majestät die Königin besuchte gestern Vormittag das Atelier des Maler Herrn Magnus, um das nun vollendete Bildniß Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin in Augenschein zu nehmen, und sprach dem Künstler die ehrendste Anerkennung über das vortreffliche Werk aus. Ihre Majestät besuchte später noch die Ausstellung des Treubundes in der Markgrafenstraße Nr. 9.

— † Angek. Fremde. Graf v. Reichenbach, Ober-Erb-Jägermeister von Schlesien, aus Breslau. Graf Borcyoza, aus Petersburg. Wright, k. großbr. Kabinets-Kurier, aus Warschau.

— (Eingesandt). Zur Steuer der Wahrheit muß die in einigen Zeitungen von dem Auftreten des Dr. Krummacher in der Versammlung der sogenannten „Urchristen" mitgetheilte Notiz dahin berichtigt werden, daß die Versammlung während der Debatte sich durchaus ruhig und anständig verhielt und nur wegen einer Aeußerung eines einzelnen Redners aufgelöst werden mußte.

— I Im Maschinenbauarbeiterverein hielt am Montag Abend Dr. Falkenthal Vortrag über die Naturrechte der Menschen, wie sie zuerst den Völkern gesichert und dann durch die diplomatischen Umtriebe der Fürsten eines nach dem andern wieder genommen worden, bis zuletzt der Staat zum Polizeistaat herabgesunken sei!

Das Recht der Arbeit sei die erste Nothwendigkeit, die Arbeiter würden aber von Fürst und Regierung immer mehr und mehr zur Knechtschaft erniedrigt. Daß man nicht das Wohl des Arbeiters sichern wolle und könne, hätten die französischen Nationalwerkstätten bewiesen. Zusammenhalten und Einigkeit sei die größte Stütze der Gesellschaft und man müsse nicht ein Haar breit von seinem Naturrecht (!) abweichen. „Denn, meine Herren, Noth bricht nicht immer Eisen, aber Eisen bricht die Noth!"

— Der 6. demokratische Verein hatte am 14. geselliges musikalisches Vortrags- und Tanzvergnügen, wobei Herr Waldeck mehrere Hochs erhielt. Morgen hat derselbe Versammlung in Moabit. — Die Moabiter Schützengilde hielt am Montag Schlittenfahrt nach Tegel und Abendtisch im Schützensaal!

„Hurrah Juchheißa, dudeldumdei! Da gehts ja hoch her, bin auch dabei!" —

— E Das im Opernhaus seither aufbewahrte Mobiliar aus dem großen Concertsaal des Schauspielhauses wurde gestern wieder dahin geschafft, da der Saal nunmehr wieder vollständig und elegant renovirt ist. Die schmählichen Erinnerungen, die sich aus dem Herbst 48 an dies Local knüpfen, werden wir nun hoffentlich bald vergessen können.

— Gestern Vormittag brach im Hotel Sr. Durchlaucht des Herrn Fürsten v. Wittgenstein in der Behrenstraße Feuer aus, indem sich Stroh im Keller entzündete und die Flamme mehrere hölzerne Geräthschaften verzehrte. Das Feuer wurde jedoch bald gelöscht. — Am Nachmittag brach in der Blumenstraße Nr. 27. Feuer aus, desgleichen während der Nacht in dem Hause Markgrafenstraße Nr. 2. in der Wohnung eines abwesenden Schutzmannes, wodurch die Meubles verzehrt wurden. Der letztere Brand scheint durch Bosheit veranlaßt. — In der Dorotheenstraße erschoß sich gestern ein Student.

— Für den nächsten Montag ist die erste Theaterprobe zu Meyerbeers Propheten im Opernhaus angesetzt.

— K. Es erscheint auffallend, daß gerade jetzt bei der strengen Kälte, durch welche die Löschanstalten sehr behindert werden, sehr häufig Feuer ausbricht.

— E. Herr Hauptmann Patzke hat für die Dauer der Krankheit des Chefs der Schutzmannschaften, Polizeirath Winkler, das Kommando derselben wieder übernommen, in welchem ihn Hauptmann Heitz während einiger Tage, die Herr P. auf Ankauf von Remontepferden abwesend war, vertrat.

— Wir werden zu unserm Vergnügen benachrichtigt, daß der als Vorsitzender des demokratischen Klubs vor dem Schönhauser Thor, bei dessen Auflösung am Sonnabend solche scandaleuse Scenen vorfielen, fungirende Herr Professor Krüger nicht mehr activer Lehrer am Joachimsthaler Gymnasium, sondern schon seit Ostern 1838 pensionirt ist.

— † Urwähler ist heute so naiv, aus Gnesen zu melden: der große politische Prozeß gegen 18 Staatsdiener des Gnesener Kreises wegen Betheiligung an den Polenunruhen im Jahre 1848 habe vor dem Schwurgericht begonnen. Die meisten Geschworenen seien Polen und es dürfte daher nicht schwierig sein, das Endresultat voraus zu bestimmen!

— K In einem Bierlocal der Königsstraße äußerte gestern einer der bekanntesten demokratischen Wortführer: „Der Triumph bei Waldecks Freisprechung ist uns herrlich gelungen, zumal damals durch die Polizei auch keine erheblichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden; der Triumph jener vierzehn Männer aus dem Herzen des Volks, die am 11ten Februar in ihrem Rechte, die Steuern verweigert zu haben, glänzend bestätigt werden sollen, wird Alles übertreffen. Wir werden zeigen, daß sich das Volk nicht zurückhalten läßt, seine Helden und Vertreter zu krönen ꝛc.!"

Die Constabler sollen sich schon ganz famos auf das vierzehnfache Vergnügen freuen!

— † Die Unglücksfälle durch Unterlassen des Bestreuens der glatten Trottoirs ꝛc. mehren sich leider noch immer. So ist z. B. die Passage über den Opernhausplatz wahrhaft gefährlich, und an einer abschüssigen Stelle vor der Universität haben sich seit Kurzem bereits drei Arm- und zwei Beinbrüche (der zweite gestern) ereignet. Auf dem Trottoir der Prenzlauerstraße brach gestern ein Mann den Arm.

— † Unter den Personen, die kürzlich den Diebstahl bei dem Auctions-Commissar Franz (6000 Thlr.) verübt haben und deshalb steckbrieflich verfolgt werden, befindet sich einer der renommirtesten Führer eines demokratischen Freikorps aus dem Sommer 1848. — Tendenz!

— Der gestrige Personenzug von Magdeburg, der um 10 Uhr Abends hier ankommen soll, traf erst um 2 Uhr Nachts hier ein, da derselbe zwischen Steglitz und Zehlendorf im Schnee sitzen blieb und durch eine Hülfsmaschine hergeholt werden mußte.

. Einer der 155 (En-Bloc-Annehmer) vom 4. Januar hat einen neuen Wahl-Aufruf veröffentlicht, worin er seinen Wahlspruch: „Wählet, um unverweilt und im Ganzen anzunehmen!" an's Herz der Oeffentlichkeit legt und mit der Aufforderung schließt: „der Bundesstaat gegen die Intriguanten, die Bedenklichen, die Rückschrittsmänner zu behaupten — wie Friedrich der Einzige Schlesien behauptet hat." — Der Vergleich ist schlagend! Beiläufig fragt es sich: ob von jenen 155 diejenigen, deren Namen darunter gedruckt standen ohne daß sie selbst unterschrieben hatten, richtig in Abzug gebracht sind.

☞ Ob der Max. Robespierre, dieses Urbild neu-republikanischer „Bürgertugend", sich wohl jemals hat in seinen rothen Träumen einfallen lassen, daß er einst in den Berliner Jacobinern der Demokratischen Zeitung so wagehalsige Ehrenretter finden werde? Nicht den kleinsten Flecken dulden sie auf der reinen Revolutionsseele ihrer Helden, und wer weiß, ob der ausgewanderte Froebel in New-York nicht blos darum Compagnon einer Seifenfabrik geworden ist, um die zur Reinmachung Robespierre's erforderliche Seifenmasse zu liefern. Nicht einmal Rellstab, unser vormärzlicher Kritikus en bloc, soll das Recht haben, Angesichts von Griepenkerl's Robespierre zu finden, daß Robespierre nicht in seiner „ganzen Verwerflichkeit" geschildert sei. Die Demokratische ist außer sich über diese „Verwerflichkeit" ihres Lieblings; sie behandelt den alten verdienstreichen Rezensenten wie einen ABC-Schüler der hohen Revolutionsschule; sie sagt, er denke sich den Robespierre wahrscheinlich wie einen Hurka mit feuerfarbener Perrücke, und dergleichen Anzüglichkeiten mehr. — Wir denken noch mit Zähneklappern an jene schreckliche Drohung der Demokratischen Zeitung zurück, wonach für jeden Freischärler in Baden runde hundert Absolutisten auf dem Berliner Sandhausen der Demokratischen fallen sollten, und wir begreifen ihre schöne Begeisterung für einen Robespierre, unter dessen Schreckensherrschaft fast täglich Hinrichtungen waren, selten unter 20 täglich, und an einem Tage sogar 150! Welche Ueberwindung diese sechs Monate lang fortgesetzten Hinrichtungen dem guten Robespierre gekostet haben mögen, kann man daraus ersehen, daß er früher für Abschaffung der Todesstrafe gestimmt hat. Es ist offenbar nur Erfindung der Reaction, daß Robespierre schon bei Lebzeiten seiner „Tugend" wegen lächerlich gemacht wurde, das Aergste, was Einem in Frankreich passiren kann, wie denn die Geschichte erzählt, daß mehrere Arbeiter, die ein Gläschen über den Durst und gerade nicht auf Robespierre's Wohl getrunken, „im Namen der Tugend" — verhaftet worden sind. Und die Frau, welche vor seinem Karren hersprang und dem durch den verunglückten Selbstmord gräßlich zugerichteten Robespierre zurief: „Hinunter mit Dir in den Abgrund, Du von allen Gattinnen und Müttern Verfluchter!" — diese Frau hatte entweder keinen Sinn für die „Tugend", oder war eine von der Reaktion Erkaufte.

— † Aus Hannover wird dem „Hamb. Corresp." von einer großartigen Betrügerei geschrieben, deren Gegenstand ein in Hannover angesehener junger Mann sei und durch ihn der Vater desselben, Mitbesitzer eines bedeutenden industriellen Etablissements. Der junge Mann ist nämlich vor 1¼ Jahren mit einer französischen Fürstin, Herzogin v. Choiseul, bekannt geworden, die ihn mit ihrer Hand zu beglücken sich erboten hat. Dieselbe hat vor der Verehelichung ihre Verhältnisse in Oesterreich, wo sie liegende Gründe besitzt, geordnet und hat dazu auch etwa 2000 Thlr. aus der Kasse des Vaters ihres Verlobten flüssig zu machen gewußt — und jetzt ist die Herzogin v. Choiseul zu einer klugen Schauspielerin herabgesunken; auch der belgische Gesandte in Wien soll — jedoch ohne Schuld — in die Angelegenheit verwickelt sein. Die getäuschte Familie ist zu bedauern, da, im Hinblick auf die künftig großen Reichthümer, Einrichtungen im Geschäft ꝛc. getroffen sind, welche nunmehr große Geldverluste herbeiführen können.

— N. Der als Steuer-Verweigerer in Anklage befindliche Assessor Schultze (Delitzsch), welcher unlängst, als nach Amerika auswandernd, in öffentlichen Blättern erwähnt wurde, wird im Lande bleiben. Das Weitere bleibt natürlich fraglich. Ihm wurde dieser Tage von Gleichgesinnten ein silberner Ehren-Pokal überreicht, den er zwar dankend annahm, daraus zu trinken aber mit den Worten verweigerte:

„Nicht eher sollen meine Lippen den Becher berühren, bis die Freiheit gesiegt hat!"

Der Zuschauer hegt gerade keine blutdürstigen Todes-Gedanken, glaubt aber, daß Hr. Schultze-Delitzsch verdurstet sein wird, ehe seine Species von Freiheit siegt!

— Wer ein komisches, aber treffendes Bild des Zustandes und Charakters unserer Demokraten haben will, braucht blos einmal die Insertionen der Urwähler-Zeitung nachzusehen. Dies pêle-mêle charakterisirt vollständig. So z. B. die heutige Nummer mit folgenden Annoncen:

„Erster Volks-Verein Mittwoch den 10ten im Fr.-W. Casino (gesellig). F. Meyen.
Gesammt-Ausschuß Nachmitt. in der Friedrichsstädtischen Halle!
Provisorisches Comité der entlassenen Schutzmänner!
Die Venus-Grotte!
Zum Deutschen Stammkniff!
Pfandscheine werden gekauft Oranienburgerstr. No. 87."

Dies Ende ist wirklich das End-Resultat der andern Annoncen.

— Hr. Simson ist wieder mit einem Kraft- und Geniestreich gegen die reactionären Philister zu Felde gezogen. Er hat in der Commission der 2. Kammer den Antrag gestellt: Sr. Maj. dem Könige eine Adresse zu überreichen, in welcher die Kammer die Krone bittet, durch eine neue Botschaft ihr die Diskussion der gegenwärtigen Vorlage zu ersparen.

— §. Der Professor der Mathematik Jacobi hat eine Vocation an die Wiener Universität angenommen, wie verlautet, weil bei der ihm seit Michaelis entzogenen Gehaltszulage seine hiesige Stellung ihm nicht mehr die genügenden Existenzmittel für seine zahlreiche Familie gewährte und er sich deshalb genöthigt sah, seit jener Zeit von derselben getrennt zu leben.

— K Der Andrang zur Einstellung in die Schutzmannschaft ist namentlich von gedienten Unterofficieren so zahlreich, daß bei einzelnen Regimentern die Compagnie-Chefs sich haben vereinigen müssen, keinem der sich Meldenden mehr den Austritt zu gestatten, um nicht ihre besten Unteroffiziere zu verlieren. — Schlimme Aussichten für die demokratischen Clubs.

— † Das provisorische Comité der früheren Schutzmänner, die ihre Kleidergelder reclamiren wollen und unter dem ehem. Wachtmeister Bandow tagen, besteht außer diesem aus folgenden Namen: Benjamin, Strarath, Mowinski, Joost, Neidewick, Wille, Wilberg, L. Alberti. Letzterer ist auch als Wachtmeister entlassen worden.

† In der Geschichte des Colberg'schen Regiments von von Bagensky heißt es über das schon erwähnte Gefecht bei Wyneghem am 13. Januar 1814:

Als die Tirailleur-Division des Füsilier-Bataillons links von der Straße gegen Wyneghem vordrang, wo bereits die Füsiliere des 3ten ostpreußischen Regiments in einem ungemein heftigen Feuer standen, wurde zunächst der Lieutenant Boehmer in das Knie verwundet. Der Regiments-Adjutant, Lieutenant Schmückert, welcher dort neben dem Oberst

Individiduum, das in Frankreich von einem Fremden, der selbst in Frankreich geboren wurde und daselbst ansässig ist, abstammt, wird als Franzose angesehen."

Die Quecksilber-Minen von Almander in Spanien sind Herrn von Rothschild zu 70 Piaster wieder zuerkannt worden.

Die mit Prüfung des von Betting de Lancastel eingereichten Vorschlags, welcher die Zahl der Minister und ihre Befugnisse festzustellen bezweckt, beauftragte Kommission hat gestern Emil von Girardin gehört, den sie eingeladen hatte, ihr seine Ideen über Reorganisation der Verwaltung auseinanderzusetzen. Girardin erläuterte ausführlich sein System, welches darauf hinausläuft, daß es die jetzigen neun Minister durch zwei mit von diesen zu ernennenden verantwortlichen General-Directoren ersetzen würde.

† **Paris**, den 13. Januar. [Die zweite Nummer des Napoléon.] Heute ist die zweite Nummer des Napoléon erschienen. Man hat versichert, heißt es u. A. darin, dieses Blatt werde vom Präsidenten der Republik selber geschrieben, und er finde Vergnügen daran, in Mitten der Drucker die Probeblätter zu verbessern. Dergleichen Erzählungen verdienen keine Antwort. Der Kaiser Napoleon gab oft dem Moniteur die politische Leitung, ohne deshalb der Chef-Redacteur des Blattes zu sein. Sollte es dem Präsidenten der Republik verboten sein, ein Gleiches in dem Moniteur oder jedem andern Blatte zu thun? Was den Napoléon betrifft, so wird er sich bemühen, sich so sehr als möglich den Ideen des Präsidenten zu nähern, ohne deshalb zu prätendiren, daß seine Ideen und Worte für die Ludwig Bonaparte's selber genommen werden. Diese Erklärung erlaubt keinen Zweifel mehr daran, daß das neue Wochenblatt vom Präsidenten der Republik inspirirt wird. Wir müssen es also beachten und thun es um so lieber, weil es in jeder Spalte den Nagel auf den Kopf trifft. Wir heben für heute nur einen Artikel, ihn wörtlich anführend, hervor. Die darin enthaltene Zurechtweisung dürften sich auch die „Freunde der Ordnung" in Deutschland zu Herzen nehmen! „Mit Unrecht classificirt man die Nation in verschiedene politische Schattirungen. Es giebt heute in der That nur zwei Parteien: die der Ordnung und der Unordnung. Viele Leute behaupten und glauben, sie gehören in die Reihen der Ordnung, aber sie irren sich, denn sie beschützen und ermuthigen die Unordnung durch ihre Handlungen und ihre Worte, wenn nicht durch ihre Wünsche.

Wenn die Sturmglocke des Aufruhrs tönt, dann sind sie die ersten, welche sich der Gewalt anschließen; es giebt nicht Eifer, nicht Hingebung genug auf ihren Lippen, um die Hand anzuspornen, welche leitet und sie mit der gefährdeten Gesellschaft in jenen Nothfällen retten soll. Man sieht sie herbeieilen, die gewaltsamsten, die unerbittlichsten, ihre Doktrinen mit Füßen tretend, die Kraft und die Einigkeit predigend, damit nur die Ruhe wieder hergestellt werde.

Aber sobald die Ruhe zurückkehrt und die Sicherheit ihnen wiedergegeben ist, dann schreitete sie zur Vollendung ihres Werkes! Sie sind anderswo, oft mitten unter den Feinden.

Weshalb? Die Antwort ist sehr einfach. Sie kämpften nicht für die Gesellschaft, sie kämpften nur für ihre kleinen Interessen. Wie will man anders die seltsamen Voten von verschiedenen Fractionen der legislativen National-Versammlung in den Debatten der letzten Tage erklären? In den Commissionen, in den Bureaux, in den Sitzungen sogar vereinigen die Männer, welche des Rufs der Conservativen par excellence genießen, welche das Heil der alten gesellschaftlichen Prinzipien unter ihren officieusen Schutz genommen haben, ihre Anstrengungen gegen alle Gesetz-Vorschläge, die der Regierung Kraft geben sollen. Und dennoch haben diese Männer seit fünf und zwanzig Jahren über den Verfall der Gewalt in Frankreich und die daraus erwachsenden unberechenbaren Gefahren einen langen Klageruf ausgestoßen. Die schönste Gelegenheit war ihnen geboten, die Aufrichtigkeit ihrer Ueberzeugungen dadurch zu beweisen, daß sie nach der furchbaren Drohung der Revolutionen das Ihrige zur Befestigung der Ordnung beitragen konnten. Aber nicht die Wiederherstellung der Gewalt ist es, was sie wünschen; sie arbeiten — und das ist etwas ganz Anderes — an der Wiederherstellung einer Gewalt."

Das geht direct an die Adresse unserer guten Freunde, der Legitimisten, die sich jetzt sogar so weit vergessen, das von ihnen selbst gewählte Staatsoberhaupt der „Bereicherung durch Börsenspekulationen" — zu verdächtigen.

Den Schluß mögen sich Hr. O. Barrot-Dufaure und Consorten in Ueberlegung ziehen!

„Andere Männer verfahren in ganz persönlichen Absichten. Weil sie an der Leitung der Geschäfte keinen Antheil mehr haben, deshalb — so behaupten sie — gehen die Geschäfte schlecht, selbst in dem Sinne, worin sie sie geleitet haben. So giebt es Repräsentanten, welche, als sie an der Spitze der Geschäfte standen, gewissen Gesetzvorschlägen beipflichteten, sie heute, wo sie durch ihre Nachfolger vorgelegt werden, durch ihr Votum verwerfen.

Es ist dies bekanntlich eine gewöhnliche Wirkung der menschlichen Leidenschaften, welche die Revolutionen nicht ändern. Aber, in Wahrheit, wenn es sich nicht um das Heil der Gesellschaft handelte, dann wäre man versucht, sie dem Kampfe mit der rothen Republik Preis zu geben, die ihnen bald zeigen würde, in welchen Abgrund ihre Leidenschaften sie führen."

Großbritannien.

London, 12. Jan. Die Subscription, die das Parlamentsmitglied Sidney Herbert eröffnet hat, um die Auswanderung von Frauen und Mädchen nach den britischen Colonien zu unterstützen, hat einen sehr guten Fortgang gehabt, auch J. K. Hoh. die Frau Herzogin von Kent, Mutter J. Maj. der Königin, hat eine bedeutende Summe gezeichnet. Die Ostindische Compagnie betheiligte sich mit 3000 Pfund. Leider dürfte diese Auswanderung nicht dem Zwecke entsprechen, den man damit erreichen will. Es meldet sich zu diesen Auswanderungen fast nur die Hefe der Bevölkerung der größern Städte, und was noch unverdorben auf das Auswanderungsschiff kommt, das geht dort meistens unter. Auch hat man gehofft, durch diese Auswanderung die große Menge von Frauenzimmern in den Städten Englands zu vermindern, was aber keineswegs der Fall ist, da die Mädchen vom Lande immerfort nach den Städten strömen, weil sie dort leichter Dienst und Unterkommen finden.

Der Premierminister Ihrer Maj. der Königin von Portugal, Graf von Thomar, hat gegen die „Morning-Post" einen Diffamations-Prozeß angestrengt, weil dieses Blatt gesagt hat: „Der Graf Thomar verdankt die Gunst, der er genießt, nur der Immoralität der Königin."

Der irische Peer Baron von Dufferin und Clandeboye ist zum Peer des vereinigten Reichs unter dem Titel Baron Clandeboye von Clandeboye in der Grafschaft Down erhoben worden.

Nach dem letztwöchentlichen Bankausweis hatte sich der Baarvorrath nur um 4317 L. auf 17,020,480 L., der Notenumlauf aber um 92,958 L. auf 19,241,669 L. gehoben.

Wie der Globe meldet, wird in diesem Jahre im Unterhause Herr Charles Villiers die Antworts-Adresse auf die Thronrede beantragen. „Daß Herr Villiers", bemerkt das ministerielle Blatt, „der, noch ehe die Anti-Korngesetz-Ligue bestand, alljährlich die Aufhebung der Korngesetze vorschlug, jenes Amt übernehmen wird, ist eine hinlängliche Antwort auf die vielen müßigen Gerüchte, welche über eine Hinneigung der Minister zu einem neuen Zoll auf die Getraide-Einfuhr verbreitet worden sind."

Pater Mathew, der berühmte Mäßigkeitsapostel, ist nach lebhafter Diskussion Mitglied des Senats zu Washington mit 33 gegen 18 Stimmen geworden.

Italien.

= **Turin**, den 9. Januar. [Kammerverhandlungen über den Frieden mit Oesterreich; Einzelheiten.] Vorgestern hörten wir in der zweiten Kammer einen interessanten Commissionsbericht des Deputirten Balbo. Sie wissen, daß ich nicht zu den politischen Freunden Graf Balbo's gehöre, aber in seiner Rede war warmer Patriotismus und man kann über einen traurigen, aber nothwendigen Frieden nicht würdiger sprechen, als der Abgeordnete für Alessandria. Die Vorlage der Regierung lautete: Einziger Artikel: die Regierung des Königs ist ermächtigt zur vollständigen Ausführung des in Mailand am 6. August 1848 geschlossenen Friedensvertrages. Die Commission schlug die Annahme vor, wenn 1) keine geheimen Verträge beständen, wenn 2) die Verbrecherauslieferung sich nicht auf politische Vergehen erstrecke. Balbo sagte sehr richtig: der Nothwendigkeit offen direkt zu weichen, erfordere oft einen höheren Muth als das Gegentheil. Und schloß: „die Commission empfiehlt Ihnen die durch die Nothwendigkeit gebotene Zustimmung, aber, wie es in diesem Falle paßlich, eine so stille als nur irgend möglich!" Besser konnte sich Graf Balbo nicht wohl ausdrücken. Gestern nun zeigte das linke Centrum, daß es den Grafen Balbo nicht verstanden, denn Lanza und Rosselini rückten mit einer unnützen Menge von Interpellationen ins Feld, die der Ritter Galvagno weitläufig beantwortete. Darauf wurde der Artikel angenommen. Aus Rom schreibt mir ein Bekannter, daß die Abreise des heil. Vaters auf den 7. festgesetzt sei. Er werde durch das Lorenzothor einziehen und die französischen Truppen würden vom Thore bis zur Bafsilika des Vatikans en échelon aufgestellt sein. Darauf folge das herrliche Te Deum und der Segen urbi et orbi des heiligen Vaters von der Loge herab. An dem Schlage des Wagens des Papstes würden General Baraguay d'Hilliers und General Cordova gehen. Es wird wieder viel von Unruhen in Sicilien gesprochen, zugleich aber auch von einem Generalpardon, den der König beider Sicilien erlassen werde.

Spanien.

Madrid, den 7. Januar. Herr Mendizabal ist mit seinem Antrage auf Verkauf der geistlichen Güter, wie sich vorhersehen ließ, durchgefallen. Er hatte nur die 10 Democraten und einen Theil der Progressisten, die im Ganzen nur etwa 30 Mann stark sind, für sich. Die Anhänger des Herzogs Narvaez zählen über 100 Stimmen, Herr Mon gebietet über einige zwanzig, die sich die gallicische Partei nennen, weil Mon ein geborner Gallajo ist. Neben allen diesen Parteien existirt eine conservative Opposition von etwa einem Dutzend Stimmen. Uebrigens sind die Cortessitzungen sehr spärlich besucht, es sind immer nur höchstens 200 Mitglieder anwesend, weil sie keine Diäten erhalten. In Barcellona ist ein neues Blatt erstanden, Opinion publica, welches die vermessene Idee hat, die Meinungen aller Parteien zu vertreten. Die Schwester Patrocinia, vor der sich Narvaez und seine Collegen so entsetzlich fürchten, soll bedenklich erkrankt sein. Aus Cadix erfahren wir, daß Lola Montez ihren Mann, Herrn Herald, in Gibraltar und Algesiras vergeblich gesucht und nun in Cadix erfahren hat, daß Herr Herald nach England zurückgekehrt sei, um sich dort von ihr scheiden zu lassen. Die Regierung hat 33,000 Centner Quecksilber, die in London lagerten, versteigern lassen. Die Patria versichert, der Herzog von Valencia habe dem Siegesherzog (Espartero) den Titel eines Infanten und das Prädicat Hoheit antragen lassen, der Siegesherzog aber habe sich nicht sehr beeilt, dieses Anerbieten anzunehmen.

Schweiz.

Bern, 10. Jan. Acht deutsche Flüchtlinge, im Namen der übrigen, die zu Morsee (Waadt) untergebracht sind, klagen in den Zeitungen und in der Form einer bescheidenen Anfrage an die Bundesbehörden über die Behandlung, welche sie von den Gensdarmen erleiden müssen. Es hatten Unordnungen in der Kaserne stattgefunden, aber daran war lediglich die Herrschaft der Gensdarmen schuld, „die Kujonade dieser gewöhnlichen Menschen." Sie hatten die Säbel gezogen und einem Flüchtlinge auf die Brust gesetzt, nachdem kaum „einige unschuldige Worte" gewechselt waren. Die Mißhandelten, als freie Männer, die sich von einer freien Nation „gehegt und gepflegt" glaubten, wollen diese Unbill nicht länger ertragen: „Man liefere uns aus an unsere Feinde, damit wir den bleiernen Todeskuß schmecken, oder ein ruhigeres Asyl in den Gewölben der Festungen finden." Wenn die Behörden „diese Menschen" nicht zur Rechenschaft ziehen und Ordnung schaffen „ohne Ketten und Säbel," so wollen die Flüchtlinge den Boden verlassen, dessen Volk ihnen mit dem Versprechen gastlichen Asyls „die Ehre eines letzten Verzweiflungskampfs raubte," in dem „zu fallen oder zu siegen" sie geschworen hatten. Sie bedauern schließlich, daß sie diesen Boden nicht bewaffnet mit ihren Führern versehen verlassen können, „um in dem heißersehnten Vaterlande der Freiheit neue Blutopfer zu bringen." (D. Z.)

Bern, 10. Jan. Es hat noch immer nicht den Anschein, als ob der Ausweisungs-Beschluß, den der Bundesrath zuletzt gefaßt, so bald vollzogen werden würde. Und doch ist das Benehmen der Flüchtlinge selbst ganz geeignet, den geringen Rest von Sympathieen, die noch zu ihren Gunsten vorhanden sein mögen, vollends zu zerstören. Nicht nur, daß Polen und Deutsche sich nicht mit einander vertragen können und ihre wechselseitige Abneigung sogar in Thätlichkeiten ausarten lassen, sondern das alte Erbübel der Deutschen macht sich auch in ihrer eigenen Mitte geltend, obschon ihnen Eintracht gewiß nirgend nöthiger wäre, als in der Fremde und im Exil. Die Unterstützungsgelder, welche aus der Heimath fortwährend reichlich einfließen, geben zu den widrigsten Streitigkeiten und Verdächtigungen Anlaß, da sich Jeder übervortheilt glaubt und der Neid sich gegen Alle richtet, die sich über das Niveau des gemeinsamen Elends, denn diesem ist noch lange nicht abgeholfen, einigermaßen erheben. Dazu gesellen sich nur allzu gegründete Klagen, daß Einzelne ihre Stellung und ihren Einfluß mißbrauchen und ihre Schicksalsgefährten ein Uebergewicht fühlen lassen, das mit den pomphaft verkündeten demokratischen Grundsätzen im grellsten Widerspruch steht. Endlich sind die Gaunereien, die von Flüchtlingen verübt werden, gar nicht geeignet, das Mitgefühl für sie zu steigern, um so weniger, als die politische Thätigkeit gewisser hier eingebürgerter Deutschen — auf die neulich der Konolfinger Volksverein anspielte, indem er erklärte, man brauche in Bern keine Vögte, weder aus dem Nassauischen noch aus dem Hessen-Darmstädtischen — den in der Schweiz so leicht erregbaren Fremdenhaß ohnedies schärft. Deshalb hat die radikale Bundeszeitung, welche früher die revolutionairen Emigranten häufig in Schutz nahm, der großen Mehrheit unseres Volks ganz aus der Seele gesprochen, indem sie in einer ihrer letzten Nummern namentlich den deutschen Gliedern derselben tüchtig den Text las. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, warum jetzt verständige Leute, selbst im radikalen Lager, Deutschland Glück wünschen, daß die Unternehmungen unserer Gäste so völlig mißglückt sind; sie würden ja, heißt es, kämen sie je ans Ruder, sich unter einander auffressen. Uebrigens scheint sich die Hauptmasse der Flüchtlinge jetzt in Zürich zu concentriren.

Belgien.

‡ **Brüssel**, den 14. Januar. Der neue österreichische Gesandte, Baron von Neumann, ein natürlicher Bruder des gegenwärtig hier verweilenden Fürsten Metternich-Winneburg ist gestern hier eingetroffen. Gestern Mittag hatte auch der besondere Gesandte, den der Erzherzog Johann von Oesterreich, als deutscher Reichsverweser, hier gehalten, Freiherr von Drachenfels, die Ehre, sein Abberufungsschreiben in die Hände Sr. Majestät niederzulegen.

Madame Lignier, unsere berühmte Blumenmacherin am Hühnermarkt, hat eine silberne Ehrendenkmünze erhalten. Ihre Blumen sind in der That bewundernswürdig und keine unserer Damen will Haar und Busen mit andern Blumen schmücken als mit den Kunstwerken der Lignier.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Jan. Professor Martensen hat in deutscher Sprache ein Sendschreiben an den Oberconsistorialrath Nielsen veröffentlicht, dessen Lobes die Blätter voll sind.

Galizien.

Krakau, den 10. Januar. Dem Vernehmen nach soll binnen Kurzem eine hier niedergesetzte Untersuchungs-Commission über diejenigen Krakauer zu Gericht sitzen, welche an dem ungarischen Aufstande unmittelbaren oder mittelbaren Antheil genommen haben.

Die Judenangelegenheit regt die Gemüther hier immer mehr auf. Die Einwohner sagen nämlich: so sehr sie auch den Juden ihre Gleichberechtigung gönnten, wollten sie dieselben doch nicht in der Stadt haben, und das Recht, dieselben auszuschließen, müsse wenigstens, wie in Baiern, der Gemeinde verbleiben.

Die Hauseigenthümer, Kaufleute und Fabrikanten haben deshalb am heutigen Tage in der Wohnung des Grafen Zelenski eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser verfaßt, welche mit der Bitte schließt, Se. Majestät möchte zu befehlen geruhen, daß:

1) Die provisorische Verordnung und Organisation, welche im Jahr 1848 die Stadt Krakau und Kazimierz zu einer Stadt-Gemeinde vereinigte, aufgehoben werde;

2) Die Städte Krakau und Kazimierz auf Grund des §. 2. der provisorischen Gemeinde-Ordnung vom 17. März 1849 als zwei abgesonderte Stadtgemeinden constituirt würden;

3) endlich die Juden, welche in der neuesten Zeit auf der Vorstadt Stradom sich niedergelassen, angehalten würden, nach der Stadt Kazimierz zurückzukehren, und jedes fernere Eindringen vor der Hand bis zur definitiven Entscheidung Sr. Majestät verhindert werde.

Rußland.

St. Petersburg, den 6. Januar. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" meldet: „Die verderblichen Lehren, welche Unruhe und Aufstand im ganzen westlichen Europa herbeigeführt hatten und die dort gänzlich die Ordnung und das Glück der Völker zu vernichten drohten, haben unglücklicherweise in unserm Lande einen, wenn auch schwachen, Widerhall gefunden. Aber in Rußland, wo ein heiliger Glaube, die Liebe zum Monarchen und die Ergebenheit für den Thron, gestützt auf den Charakter des Volkes, unerschütterlich in allen Herzen geblieben sind, hätten die böswilligen Umtriebe einer Handvoll durchaus nichts bedeutender, größtentheils junger und jeglicher Moralität entbehrender Menschen, welche die Möglichkeit träumten, die heiligsten Rechte der Religion, der Gesetze und des Eigenthums mit Füßen zu treten, eine gefahrvolle Entwickelung nur in dem Falle zur Folge haben können, wenn die Wachsamkeit der Regierung nicht das Uebel gleich in seinem Ursprunge entdeckt hätte. Aus der Untersuchung geht hervor, daß eine gewisse Zahl junger Leute, von denen die einen wirklich an Herz und Geist verderbt, die anderen die verblendeten Opfer treuloser Versprechungen, eine geheime Gesellschaft gebildet hatten, deren Zweck war, unsere politische Organisation gewaltsam umzustürzen, um an die Stelle derselben eine andere nach ihrer Art, die nur Anarchie gewesen wäre, zu setzen. Lästerungen, freche Reden gegen die geheiligte Person des Kaisers, Darstellung der Regierungs-Acte in dem falschesten Lichte, das war das Programm dieser Vereinigung, das waren die Fragen, welche man in Bewegung setzte, während man den Augenblick erwartete, um jene unheilvollen Entwürfe zur Ausführung zu bringen. Auf Befehl Sr. Majestät der Kaisers wurde eine Untersuchungs-Commission eingesetzt. Als diese Commission nach fünf Monaten der sorgfältigsten Nachforschungen ihren Bericht abgestattet hatte, geruhten Se. Kaiserliche Majestät, vollständige und gänzliche Amnestie allen denen zu gewähren, welche in diese verbrecherische Verschwörung, sei es durch Zufall, sei es durch Leichtsinn, gezogen waren. Was die wahren Verbrecher betrifft, so wurden sie durch eine Militair-Commission gerichtet, deren Urtheil, geprüft durch das General-Auditoriat, die Angeklagten des Verbrechens der Verschwörung, welche den Umsturz der bestehenden Gesetze und der politischen Ordnung des Kaiserreichs bezweckte, für schuldig erklärte und sie zum Tode des Erschießens verdammte. Es sind der Zahl nach 21, nämlich: der Titularrath Michael Butaschewitsch Petraschewsky; Nikolaus Speschneff, Hofkavalier außer Dienst; der Gardelieutenant Nikolaus Mombelli; der Gardelieutenant Nikolaus Grigorieff; der Garde-Seconde-Capitain Theodor Lwoff II., Nikolaus Philippoff, Studirender an der St. Petersburger Universität; Dmitri Achscharumoff, Literat und Bakkalaureus; Alexander Chanikoff, Hospes-Schüler an der St. Petersburger Universität; der in Ruhestand befindliche Kollegien-Assessor Serfche Duroff; der in Ruhestand befindliche Lieutenant vom Geniewesen, Theodor Dostojewsky; der Kollegienrath Konstantin Debut I.; der Gouvernements-Secretair Hippolyt Debut II.; Felix Toll, Lehrer der russischen Sprache, ohne Dienstrang; der Titularrath Johann Jastrschembski; Alexander Plestschejeff, Hofkavalier außer Dienst; der Titularrath Nikolaus Kaschkin; der Titularrath Basil Golowinsky; der Garde-Lieutenant Alexander Palma; der Titularrath Konstantin Timkowsky; der in Ruhestand befindliche Kollegien-Secretair Alex. Europeus; der Bürger Peter Schaposchnikoff. Nachdem Se. Majestät der Kaiser von dem Bericht des General-Auditoriats Kenntniß genommen, geruhte Höchstderselbe seine Aufmerksamkeit auf die Umstände zu richten, welche bis auf einen gewissen Punkt eine Milderung des Urtheilsspruchs zulassen könnten, und befahl in Folge dessen: Das Urtheil soll den 21 Verurtheilten vor den versammelten Truppen vorgelesen und, nach Vornahme aller Vorbereitungen zur Vollziehung der Todesstrafe, ihnen angekündigt werden, daß der Kaiser ihnen das Leben schenke, und daß sie, statt die über sie verhängte Todesstrafe zu erleiden, aller ihrer bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt und, je nach dem verschiedenen Grade ihrer Schuld, die Einen zu Zwangs-Arbeiten in den Bergwerken, die Anderen zu Zwangs-Arbeiten in den Festungen, oder auch zur Einverleibung in verschiedene Armee-Corps nach Bestehen einer längeren oder kürzeren Haft, verurtheilt seien. Also werden die Schuldigen, welche die Todesstrafe nach dem Gesetze verdient hatten, und deren Strafe die unerschöpfliche Gnade des Kaisers gemildert hat, eine gerechte Züchtigung erhalten. Möge dieser schuldvolle Versuch zur Warnung und zum heilsamen Beispiel den vielleicht schon irre geführten, aber noch nicht verbrecherischen jungen Leuten dienen. Mögen die Eltern besonders ernste Aufmerksamkeit der moralischen Erziehung ihrer Kinder widmen und sich bemühen, sie schon in ihrer frühesten Jugend zu überzeugen, daß der heilige Glaube, die Liebe für den Herrscher und die Ergebenheit für den Thron, eben so wie der Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die bestehenden Gewalten, die einzigen unerschütterlichen Stützen der Ruhe der Staaten, wie des öffentlichen und Privatwohles sind."

Warschau, den 9. Januar. Se. Majestät der Kaiser haben den Herrn Gasiorowski, welcher auf Staatskosten in Rom als Baukundiger sich ausbildete, für musterhafte Ausführung der auf Allerhöchsten Befehl bei ihm bestellten Zeichnungen der Masaik-Fußböden in den Sälen della Muse i della Croce im Vatican mit einem Brillantringe allergnädigst zu beschenken geruht.

Frankfurt a. M., 13. Januar. Morgen werden unsere sämmtlichen Wahlmänner auf dem älteren Bürgermeisteramte vereinigt werden und hierauf unmittelbar zur Wahl der 41 Vertreter der Bürgerschaft in der neuen gesetzgebenden Versammlung schreiten. In den nächstfolgenden Tagen werden die Wahlen im Schooße des Senats und der ständigen Bürgerschaft von je 20 ihrer Mitglieder vorgenommen. Dazu kommen nun noch 11 Abgeordnete von den Ortschaften, die jedoch nur bei allgemeinen Staatsangelegenheiten mit zu tagen haben, und unter deren Zurechnung die Legislatur 96 Mitglieder zählt.

Darmstadt, den 11. Januar. Zur großen und freudigen Ueberraschung unseres Hofes traf Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen gestern hier zum Besuche ein. — Bei der Corps-Visite, die Hochderselbe heute um 11 Uhr von den Offizieren hiesiger Garnison im Kaisersaale des Schlosses anzunehmen geruhte, richtete Se. Königl. Hoheit beiläufig folgende sehr ehrenvolle Worte an die Versammelten:

„Ich freue mich darüber, mit Offizieren näher bekannt geworden zu sein, in welchen ich die Führer des braven hessischen Truppencorps erblicke. Bevor ich von Ihnen Abschied nehme, kann ich nicht unerwähnt lassen, daß man in allen Staaten dankbar anerkennen muß, was die großh. hessischen Krieger gegen den Aufstand in Baden so muthvoll gethan, indem sie einen Monat lang allein den ersten Stoß abzuwenden wußten; nicht zu gedenken dessen, was wir später gemeinschaftlich ausgeführt haben. Die Zeiten sind aber noch nicht ruhig, unser Gegner schläft nicht, er ist sehr rührig, und wir wissen nicht, wie bald uns wieder die Pflicht ruft: so daß wir jederzeit gefaßt sein müssen, da oder dort zu erscheinen. Wann und wo es aber auch sei, kann ich nur wünschen und werde ich mir es stets zur Ehre rechnen, gemeinschaftlich mit den braven Hessen auf dem Wahlplatz zu erscheinen."

Nachmittags war dem hohen Besuche zu Ehren große Tafel bei Hofe und Abends kehrte der Prinz wieder nach Karlsruhe zurück. (Darmst. Ztg.)

Kammerbericht.

Erste Kammer.

Berlin, den 16. Januar. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer stellte der Abg. v. Arnim den Antrag, die Mecklenburgische Verfassungs-Angelegenheit einer Commission zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen. Der Antrag wurde unterstützt. Näheres morgen.

Auswärtige Getreideberichte.

Hamburg, 11. Januar. Der Handel war diese Woche fest, doch wenig belebt. Weizen loco Lieferung 136 U 116 a 117 Rt. Crt., ab Ostsee 129 — 131 U. 86 a 93 Rt. Bco. Roggen loco 118 — 124 U. 56 a 68 Rt. Crt., ab Königsberg 42⅔ a 43 Rt. Bco. — Gerste loco Saale- 105 — 107 U. 66 a 60 Rt. Crt., ab dänische Inseln 111—112 U 4 Mk 14 ß. a 5 Mk. pr. Tonne. — Hafer ab Westküste 75 U 24 Rt., ab Ostküste 80 U 28 a 29 Rt. Bco. Rappsaamen fast geräumt, ab Westküste 148 a 150 Rt.

Für Rüböl zeigte sich, namentlich zum Versand, mehr Begehr, pr. Januar — Februar und März wurde mit 25¼ a 25⅜ Mk., pr. Mai mit 25⅛ Mk. bez., pr. October 23½ Mk. B. u. G. Gestern war es matter, loco bis Mai 25 Mk. B. u. G. Heute loco und pr. Jan. 24¾ Mk., pr. Februar 24⅞ Mk., pr. März—April 25 Mk., Mai 24⅞ Mk. und October 23⅛ Mk. B. u. G.

Leinöl steigend, für loco wurde 20½ Mk., für Lieferung 20½ a ⅞ Mk. bewilligt. Hanföl bleibt Juli-Abschiffung zu 21 Mk. käuflich, loco fast geräumt.

Oelkuchen träge. Lein- lange loco 85 a 95 Mk. Crt., in der Ostsee 60 a 65 Mk. Bco. von nahen Häfen. Rapp- auf Lieferung pr. Frühjahr 62 a 65 Mk. Crt., in der Ostsee 42 a 46 Mk. Bco.

Bordeaux- und Cette-Spiritus 30 a 32 Rt., preuß. gereinigter 20 a 22 Rt. bei Kleinigkeiten für feinste Waare, geringe Marken billiger, roher 14 a ½ Rt., ohne Geschäft.

In Kleesaamen war der Umsatz diese Woche nicht sehr bedeutend, rother sehr fest im Preise, bei kleinem disponiblen Vorrath, weißer hin und wieder etwas billiger.

Breslau, 14. Januar. Der Markt war der großen Kälte (21°) wegen wenig besucht und Preise fast unverändert, doch schien es mit Roggen matter werden zu wollen, da die Offerten bedeutender als sonst sind. Dagegen ist es mit Weizen angenehm und vorzügliche Sorten bedingen gern 2 — 3 Sgr. über unsere höchste Notiz. Bezahlt wurde weißer Weizen mit 44 a 55 Sgr., gelber Weizen 42 — 52 Sgr., Roggen 25 bis 28 Sgr., Gerste 21 — 24½ Sgr., Hafer 16 — 18 Sgr.

Von Oelsaaten wurde nichts angeboten, Preise haben sich nicht geändert, zu bedingen bleibt für Rapps 100 — 108, für Rübsen 76—87 Sgr. und für Leinsaat 1⅚—2⅙ Rt.

Kleesaat bleibt in roth gut zu lassen, es waren heute mehrere Proben neue Saat am Markte, wovon die schönen Qualitäten roth Käufer fanden, dagegen ist es mit weißer Saat lebloser, wenn auch nicht viel angeboten wird. Es gilt demnach weiße Saat 5 — 13½ Rt., und rothe 9 — 14½ Rt. —

Spiritus bei geringen Zufuhren 5¹¹⁄₁₂ Rt. viel Geld, für Kleinigkeiten 6 Rt. zu machen.

Rüböl loco 14⅔ Rt. B.

Zink ohne Handel, loco 4⅚ Rt. B.

Winter-Fahrplan der Berliner Eisenbahnen.

Von und nach Berlin.

		Zeiten	Personengeld
Abg. n. / Abg. v.	**Potsdam**	6½, 9, 11, 12, 2, 5, 5¾, 7, 10 U. / 8, 10, 12, 2, 5, 7, u. 8¾ U.	Personengeld: I. Kl. 24 S. II. Kl. 17½ Sgr., III. Kl. 12 S.
Abg. n. / Ank. v.	**Magdeburg**	6¼, 11 U. V., 5¾ U. N., 10 U. A. / 10 U. 40 M. V., 2¼ U. N., 9¼ A.	I. Kl. 4⅔ Thl. II. Kl. 3 Thl. 10 Sg., III. K. 2 Th. 10 S.
Abg. n. / Ank. v.	**Frankfurt a. O.**	7 U. f., 6 A., 11½ Nachts. / 5 U. f., 9 U. 50 Min. V., 7 U. 33 Min. A.	I. Kl. 2½ T., II. Kl. 1 T. 18½ S., III. Kl. 1 T. 7½ S.
Abg. n. / Ank. v.	**Breslau**	7 U. f., 11½ Nachts. / 5 U. fr., 7 U. 33 M. A.	I. Kl. 11 Thl. 2½ Sgr., II. Kl. 7 Thl. 5 Sgr., III. Kl. 5 Thl. 17½ Sgr.
Abg. n. / Ank. v.	**Stettin**	6¾ U. fr., 11½ U. Vorm., 5 U. Nachm. / 11 U., 3 U. 45 Min. Nchm., 9 U. 20 Min.	I. Kl. 4 Thl., II. Kl. 3 Thl., III. Kl. 2 Thl
Abg. n. / Ank. v.	**Posen**	6 U. 45 M. fr., 11 U. 30 M. Vorm. / 3 U. 45 M. Nachm., 9 U. 20 M. A.	I. Kl. 10 Thl., II. Kl. 7 Thl. 15 Sgr., III. Kl. 5 Thlr.
Abg. n. / Ank. v.	**Leipzig**	6¼, 8 U. Vorm., 12¼, 3 U. Nachm. / 12¼, 1¾ U. Mitt., 6¾, 8¼ U. Ab.	I. Kl. 6 Thl., II. Kl. 4 Thl., III. Kl. 3 Thl.
Abg. n. / Ank. v.	**Dresden**	6¼ U. Morg., 3 U. Nachmitt. / 12¼ U. Mitt., 8¼ U. Abends.	I. Kl. 5½ Thl., II. Kl. 3 Thl. 20 Sg., III. Kl. 2 Thl. 10 Sg.
Abg. n. / Ank. v.	**Hamburg**	7½ Uhr früh, 6 Uhr Ab. / 10¼ Uhr früh, 4¼ U. N.	I. Kl. 7 Th. 15 Sg., II. Kl. 5 Th. 20 Sgr., III. Kl. 4 Thl. 5 Sgr

Das fünfte Jahrzehend des neunzehnten Jahrhunderts

ist zu Ende gegangen. — In der ersten Hälfte seines ersten Jahres hat es trauernd einen Sonnen-Untergang gefeiert; und darauf folgte alsbald ein neuer Sonnen-Aufgang, der in die zweite Hälfte des ersten Jahres hell hineinschien. Da waren ihrer Viele in guter Hoffnung und falteten still die Hände und die Menge jauchzte laut und frohlockte und wußte nicht recht, was es Alles hoffen und wünschen sollte. Aber — schon rennt der Pudel hin und wieder und schnobert gleich an der Schwelle. Es hilft nicht, daß wir ihm zurufen: „Knurre nicht, Pudel! zu den heiligen Tönen, die jetzt meine ganze Seel' umfassen, will der thierische Laut nicht passen!" — Es hilft auch nicht, es schadet nur noch viel mehr, wenn wir ihm, um ihn zu beruhigen, „das beste Kissen" zum Niederlegen gütlich anbieten. Schon wird der Pudel lang und breit. Ist's Schatten? ist es Wirklichkeit? — Nun knurrt er nicht mehr, sondern es kommt zum Heulen und zum Bellen. „Schon schwillt er auf mit borstigen Haaren! — Das also war des Pudels Kern?" — — So traten wir in das letzte Fünftel des fünften Jahrzehends: da sahen wir wiederum — ist's Schatten? ist es Wirklichkeit? — einen Sonnen-Untergang und weinten sehr; aber — es war nur Schatten: es kam ein neuer Sonnen-Aufgang, ehe „das tolle Jahr" zu Ende ging. Aber weiter sind wir noch nicht gekommen: es fehlt auch nicht an vorüberziehenden Wolken und Schatten: dennoch hoffen wir, daß sich die Sonne mehr und mehr heben und der Horizont sich reinigen werde von allen bösen Dünsten. Unter solchen Hoffnungen sind wir in die zweite Hälfte des laufenden Jahrhunderts eingetreten, dessen Ende — die wenigsten Zeitgenossen erleben werden.

An solches Alles erinnert das Ende des Jahrzehends; das Ende erinnert aber auch an den Anfang des beendeten Jahrzehends und an die Urkunden d. d. Sanssouci, 17. Jun. 1840, sammt den väterlichen Vermächtnissen vom 1. December 1827, so wie an die Königlichen Worte von Königsberg, 10. September, und Berlin, 15. Oktober 1840. Darum erinnern wir gerade in diesen Tagen an die „Königslieder von Louise Gräfin zu Stolberg-Stolberg. Stolberg und Leipzig, 1841." — Sie sagen jetzt noch viel mehr, sie predigen jetzt noch viel vernehmlicher, als vor zehn Jahren.

---

v. Jastrow hielt, sprang sogleich vom Pferde und übernahm ein Commando, aber auch er wurde augenblicklich durch das Knie geschossen. Nun ging der Lieutenant Thoms zur Führung jenes Tirailleur-Zuges vor, aber auch dieser brave Offizier hatte in derselben Minute ein gleiches Schicksal. Dem braven Führer der Tirailleur-Division, Capitain von Bolle, wurde die rechte Schulter zerschmettert.

—* Gestern Abend hatte der Kreisverein, dessen Vorstand der Dr. Küttge ist, seine Sitzung in der Friedrichsstädtischen Halle. Nachdem zunächst einige Finanzangelegenheiten besprochen und beschlossen war, auch für die ferneren Versammlungen dasselbe Lokal beizubehalten, machte Hr. Prediger Reineck die Mittheilung, daß inskünftige eine sehr hochgestellte Person den Sitzungen beiwohnen würde. Hierauf ging man zur Tagesordnung, d. h. zur Discussion über die deutsche Frage, über. Hr. Dr. Köpke sprach zuerst. Der treffliche Redner erklärte sich für eine Revision, gleichgültig, ob dieselbe der Annahme vorherginge oder derselben folge. Ganz entschieden sprach er sich gegen eine Annahme en bloc aus, indem er darauf hinwies, daß die Verfassung Verhältnisse voraussetze, die gar nicht mehr existirten, und führte an, daß es jener Partei nicht darum zu thun sei, das Werk der Einheit mit aller Kraft zu fördern, sondern sie hätte nur den §. 111. des Entwurfs im Auge, und es sei ihr vor allen Dingen darum zu thun, die demokratischen Institutionen, Grundsätze 2c. in unsere engere Verfassung zu bringen. Der Redner schließt seinen mit vielem Beifall begleiteten Vortrag:

Wehe uns, sagt er, wenn wir keine guten Preußen hinschicken! — Herr Prediger Reineck, durch seine lichtvollen Vorträge in verschiedenen Vereinen bekannt, will nur Männer nach Erfurt gesandt wissen, die frisch und werkthätig an die Revision gehen; vor Allem Männer, die da einsehen gelernt haben, was Noth thut, und die als gute Preußen zu handeln wissen. Hierauf theilt der beliebte Redner mit, wie seine Bezirksgenossen ihre Wahlthätigkeit oder Agitation organisirt und zeigt dabei gleichzeitig an, wie sich alle für eine sofortige Revision ausgesprochen haben. Zum Schluß nimmt der Vorsitzende, Dr. Küttge, das Wort, um die vom Dr. Schmidt in einer frühern Versammlung aufgestellte Behauptung, daß durch die Annahme des Verfassungsentwurfs Preußens Macht gebrochen werde, zu widerlegen.

Der Redner sieht nirgends eine Gefahr, im Gegentheil hält er Preußens Macht und Glanz, da unser König Reichsvorstand sei, dadurch gefördert und gesichert, und erklärt das Wahlgesetz als den alleinigen Grund, der die Demokraten von der Wahl fern halte, um ihre Niederlage nicht offenbar zu machen. — Der Privatdocent Dr. Schmidt vertheidigt, mit dem Entwurf in der Hand, seine frühere Behauptung auf das Wärmste. Er führt aus, daß nach dem Entwurf, in seinen Augen ein todtgebornes Kind, unser König nur der Präses am grünen Tische sei, und nimmermehr sei das Wahlgesetz rein demokratischer Natur, geeignet, conservative Wahlen zu sichern. Der höchst lebendige, von feuriger Beredtsamkeit zeugende Vortrag fand Beifall, aber auch Widerspruch. Wir verließen die Versammlung mit dem Bewußtsein, tüchtige Patrioten gehört zu haben. — Möchten sich doch auch nur solche in Erfurt vernehmen lassen!

⁂ Theater. Das vielgenannte Schauspiel: „Der Genius und die Gesellschaft" hat zuerst im Breslauer Stadttheater das Licht der Lampen erblickt und ist vom Publikum sehr günstig aufgenommen worden. Die Kritik findet den Genius wirklich genial.

⁂ Feodor Wehl hat ein neues einaktiges Lustspiel geschrieben: „Die Tante aus Schwaben." — Falls darin nach der Tonangabe von Birch-Pfeiffer und Gutzkow geschwäbelt werden sollte, erlauben wir uns die Bitte: „Laßt, Vater, genug sein, das grausame Spiel!"

Offener Protest

der unterzeichneten Majorats- und Fideicommiß-Besitzer von Neu-Vorpommern und Rügen gegen die Aufhebung ihrer Familien-Fideicommisse.

Wenn die jetzt versammelten Preußischen Kammern, und zwar die erste Kammer in der 43. Sitzung am 24. September d. J., die zweite Kammer aber in der 44. Sitzung am 30. Oktober c, bei Berathung der Artikel 38., 39. und 40. der Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat vom 5. December 1848, die unveränderte Beibehaltung der im Artikel 38. enthaltenen Bestimmung:

> daß die bestehenden Familien-Fideicommisse durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden sollen,

beschlossen haben; diese zwangsweise Aufhebung der in Rede stehenden, rein privatrechtlichen Institute von uns Endes-Unterschriebenen Majorats- und Fideicommiß-Besitzern jedoch nur als ein willkürlicher Eingriff in wohlerworbene, gesetzlich begründete und garantirte Familien- und Eigenthums-Rechte angesehen werden kann, so halten wir Unterzeichnete bei der uns und unsern Nachkommen widerfahrenen Rechtskränkung es für eine uns gebotene Pflicht, dies nicht allein hierdurch öffentlich auszusprechen, sondern auch

> gegen solche widerrechtliche Aufhebung der bestehenden Majorate und Familien-Fideicommisse, zur Wahrung unserer eigenen und der Rechte unserer Familien, unter Vorbehalt der Geltendmachung solcher Rechte in jedwedem zulässigen gesetzlichen Wege, hiemittelst feierlichst Protest einzulegen.

Bei dieser unserer Protestation stützen wir uns

1) auf die unbestreitbaren Wahrheiten: daß Familien-Fideicommisse lediglich und allein dem Privatrecht angehören, und daß eine zwangsweise Aufhebung solcher vorhandenen, auf privatrechtliche Bestimmungen fundirten Institute durchaus nicht im alleinigen Wege der Gesetzgebung, jedenfalls aber nicht durch die dem öffentlichen Recht angehörige Verfassungs-Urkunde des Staats zu gebieten ist, daß also, wenn eine gesetzliche Aenderung in Bezug auf die bestehenden Familien-Fideicommisse nöthig befunden wird, solche keinesweges auf eine zwangsweise Aufhebung derselben wider den Willen Derer, welche dabei betheiliget sind, sich erstrecken darf, sondern die desfalls etwa zu treffenden Anordnungen nur auf eine Regelung der Rechte der interessirenden Familien-Glieder, mithin der Miteigenthümer, überhaupt und namentlich für den Fall, daß diese die Aufhebung beschließen sollten, zu beschränken sind; die Feststellung der hierauf abzweckenden Bestimmungen aber lediglich eine Aufgabe des hiernach im gesetzlichen Wege zu ändernden Privatrechts ist und bleiben muß.

Daneben ist denn auch

2) unverkennbar, daß durch die im §. 38. der Verfassungs-Urkunde enthaltenen Anordnungen wegen der Fideicommisse die Dispositions-Freiheit und das Recht der Gleichheit aller Klassen der Staats-Angehörigen aufs Aeußerste verletzt wird, da man unbeschränkte Theilung des Grundeigenthums — leider weit über die Rücksichten des öffentlichen Wohles hinaus — gestattet, ein dauerndes Zusammenhalten desselben aber verbietet, auch jene klar ersichtlich möglichst fördern, letzteres aber überhaupt unthunlich machen will.

Hierdurch wird offenbar der erste und vornehmste Grundsatz im Gebiete der Gesetzgebung, — daß es Pflicht der Obrigkeit ist, das Recht nach allen Seiten hin und für alle Klassen der Staatsbürger aufrecht zu erhalten, — aufs Tiefste erschüttert und das bisher ganz besonders im preußischen Staate stets in hohen Ehren gehaltene suum cuique durch das ohne allen Grund gekränkte Recht einzelner Privaten auf eine Weise angetastet, die den Verletzten nicht allein einen herben Schmerz bereitet, sondern auch überall nur die traurigsten, gewiß sehr bald hervortretenden Folgen haben wird.

Wie wir nun mit Rücksicht auf diese Stützpunkte

3) es also auch nicht für zulässig erachten, daß die gesetzgebenden Autoritäten des Staates eine zwangsweise Aufhebung bestehender Familien-Fideicommisse, gegen den Willen der Betheiligten, um deswillen decretiren können, weil angeblich national-ökonomische Rücksichten dies erfordern, oder politische Gründe solches nothwendig machen sollen, so müssen wir uns und unsere Nachkommen gegen eine solche rechtlich nicht begründete Macht hierdurch insbesondere auch ausdrücklich verwahren. Daneben müssen wir es jedoch auch

4) für durchaus unrichtig erachten, daß jene angeblichen Rücksichten und Gründe hinsichtlich der bestehenden Familien-Fideicommisse überhaupt obwalten, und es bestreiten, daß deshalb eine Nothwendigkeit zur Aufhebung der bestehenden Majorate und Fideicommisse vorhanden ist.

Wir behaupten vielmehr, wie es auch vielseitig nicht allein von National-Oeconomen, sondern auch von Mitgliedern beider Kammern anerkannt und gründlich dargelegt ist, — daß der größere, mithin auch der bei bestehenden Fideicommissen geschlossene und nicht zu zersplitternde Grundbesitz, namentlich in der Neuzeit bei dem bedeutenden Aufschwung, dessen die Landwirthschaft während der letzten Decennien sich zu erfreuen gehabt, mehr mitwirken konnte und auch mehr gewirkt hat, als dies durch den kleineren Grundbesitzer geschehen ist und möglich war, so wie daß ein auf Zerstükkelung alles und jeden Grundbesitzes gerichtetes Absehen, die auf soliden Fundamenten ruhende Wohlfahrt einzelner Angehörigen des Staates und auch des letzteren selbst, nach und nach völlig untergraben wird und nahe liegend dahin führen muß, das Grundeigenthum am Ende ganz zu einer rollenden Waare herabzuwürdigen, woraus Speculanten und Abenteurer nur vorübergehenden Nutzen ziehen.

In der vollen Ueberzeugung nun, daß die gegen ein Fortbestehen jener fideicommissarischen Institute angeführten volkswirthschaftlichen Bedenken und die durch Aufheben derselben in Aussicht gestellten Vortheile mehr eingebildet als wahr sind, kann und muß es endlich bei ganz unparteiischer Prüfung allseitig anerkannt werden, daß eine auf größeren Grundbesitz basirte, die sogenannte Grund-Aristokratie, in dem constitutionell-monarchischen Staate das richtige Gleichgewicht zwischen Oben und Unten erhält und Diesem wie Jenem in guten wie in bösen Tagen Stütze und Anhalt gewährt, mithin unzweifelhaft im größten Interesse des ganzen Staatsverbandes ist! — und wird dem für uns und unsere Nachkommen eingelegten Proteste — von dieser Seite eben so gestützt, wie rechtlich vollkommen begründet — der nöthige Effect, wo es sein muß, jetzt und für die Zukunft nicht fehlen!

Neu-Vorpommern und Rügen, im Monat December 1849.

gez. **M. Fürst zu Putbus**, für die Grafschaft Putbus,
L. S. Frhr. v. Langen, für Parow und Ueselitz.
v. Dycke, für das v. Dycke-Losentitzer Fideicommiß.
v. Rumpfeldt-Lilienanker, für Daskow, Behrenshagen, Altemrittershagen und Dettmannsdorf.
Baron **v. Krassow**, für das Pansewitzer Fideicommiß.
F. v. Schävenbach, für Sommerfeld und Muuks.
L. v. Behr-Negendanck, für Lavelsdorf u. Forkenbeck.
Graf **v. Keffenbrinck-Griebenow**, für seine sämmtlichen Griebenowschen Güter, und zugleich als Vormund des Baron Ernst v. Klot-Trautwetter für das Hohendorfer Majorat.
Graf **v. Krassow-Diwitz**, für das Diwitzer Feidei-Commiß.
Ulrich v. Behr-Negendanck, für das Semlower Fidei-Commiß.

Die Erfurter Wahlen.

Es ist uns folgendes Wahl-Programm als von dem Präsidenten von Gerlach ausgegangen mitgetheilt worden, welches im Wesentlichen mit dem Aufrufe übereinstimmt, den die Partei, der er angehört, unterm 10. d. erlassen hat.

„Es ist zunächst des Königs Wort und Wille auf dem die Wahlen für Erfurt beruhen. Darum — nach Erfurt! — auch die welchen der Weg nicht gefällt der dahin führt! Ja, grade diese dürfen nicht wegbleiben. Wir müssen den rechten Weg wiederfinden helfen.

Recht, gutes deutsches Recht oder Revolution, —
Freiheit, echte deutsche Freiheit oder Märzerrungenschaften, —
Königthum von Gottes Gnaden oder Souverainität der Menge, —

das sind die Fragen auf die es auch in Erfurt vor allen Dingen ankommen wird. Sie greifen weiter als die Nationalität, tiefer als die künftige Verfassung von Deutschland. Ohne deutsches Recht, ohne deutsche Freiheit kein einiges Deutschland, ja! ohne Sieg über die Revolution keine deutsche Nation! Danach also fragen wir zuerst.

Und deshalb sind wir vor Allem Preußen auch in Erfurt. Die schwarzweiße Cocarde am Hut, den deutschen König von Preußen im Herzen — daran soll auch in Erfurt Jedermann die echten Preußischen Deputirten erkennen.

Dieselbe Treue in den Herzen unserer nicht-preußischen Brüder wird uns von ihnen nicht trennen, nein! sie wird uns mit ihnen verbinden.

Nur wenn wir Preußen sind können wir deutsch sein. Nur das starke, selbstständige Preußen, nur das Preußen, das in seinem Innern der Revolution Herr geworden, nur das Preußen welches unter dem Panier seines Königs von Gottes Gnaden auszieht, nur ein solches Preußen kann Deutschland stärken, einigen, groß machen. Daher keine Schwächung von Preußen, kein Opfer auf dem Altar der Revolution! Opfern wollen wir, — opfern Gut und Blut, Leib und Leben für das Vaterland, — aber nicht das Vaterland selbst, nicht seine Selbstständigkeit, nicht seine Macht, seine Größe wollen wir opfern den Götzen des Tages, weder Frankfurter noch Erfurter Götzen. Diese Götzen nennen sich Nationalität und Deutschthum, — ihr wahrer Name aber ist Revolution und Freigeisterei; sie sind aus Frankreich mit dem Februar-Winde zu uns gekommen.

Wir fordern unsere wahren Grundrechte, unsere deutschen Grundrechte. Diese sind: der Gott unserer Väter, angebetet in unseren Kirchen, gelehrt in unseren Schulen, bekannt von unseren Königen und von unseren Landesversammlungen, — christliche Kirche, christliche Schule, christliche Ehe, — unparteiische, kräftige Handhabung des deutschen Rechts, — die Freiheit der Personen und des Eigenthums, welche das deutsche Recht gewährleistet. Vor Allem Freiheit von revolutionairen aus Paris verschriebenen Gesetzen, Freiheit von Barrikaden- und Bummlerthum, Gesetze wider, nicht für Aufruhr und Hochverrath, wider, nicht für Lüderlichkeit und Gottlosigkeit, starke Obrigkeiten uns zu schützen gegen die ärgste aller Tyranneien, gegen die Tyrannei der Menge. Diese Grundrechte wollen wir in Erfurt erobern. —

Preußen und Oesterreich haben in gutem Kampfe innerhalb und außerhalb der deutschen Marken durch ihre treuen und tapfern Heere Deutschland errettet aus dem Abgrunde der Revolution, in den es schon versank. Preußen und Oesterreich also müssen mächtig sein, nicht bloß in ihrem eigenen Innern, sondern auch in Deutschland, damit sie es nicht bloß vor äußeren Feinden, sondern vor Allem vor der Revolution bewahren können.

Preußens und Oesterreichs Einigkeit ist die Einheit von Deutschland. Sind Preußen und Oesterreich uneins, so kann Deutschland nicht einig sein.

Die kleinen deutschen Staaten sind keinesweges ein auszutilgendes Uebel. Sie gehören wesentlich zum Gliederbau des großen Vaterlandes, wie dieses aus der Entwickelung des deutschen Geistes sich gestaltet hat, und dürfen in demselben nicht fehlen. Deutschland darf auch hierin nicht auf französischen Fuß gesetzt werden. Vom Uebel ist nur, daß die kleinen den großen gleich sein wollen. Darüber sind sie Knechte ihres eigenen Pöbels geworden. In dem rechten Verhältnisse zu den großen können sie schöner aufblühen als je zuvor und den großen wie dem Gesammt-Vaterlande eine Zier und Stütze sein.

Der Verfassungs-Entwurf vom 26. Mai ist in Erfurt vor der Annahme einer gründlichen Revision zu unterwerfen, nicht aber im Ganzen und unbesehens anzunehmen, wie die wollen, welche in Erfurt den Frankfurter Babelbau fortzusetzen hoffen. Er muß gereinigt werden von den bösen Säften, die er von dem tollen Jahr 1848 und von der Paulskirche geerbt hat, gereinigt von den Satzungen, die Preußens Selbstständigkeit und Macht und darum auch Deutschlands Selbstständigkeit und Macht untergraben.

Summa: Preußen muß vor Allem preußisch, nicht französisch-revolutionair sein um Deutschland zu helfen, und Deutschland muß vor Allem wahrhaft deutsch, nicht französisch-revolutionair sein, um einig und stark und groß und gesegnet zu sein.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Auszug aus einem Briefe vom 13ten.

Das Erwachen des Ministeriums — befriedigt mich nur insofern, als daß ich daran die Hoffnung knüpfe, die jetzige Majorität werde eine gründliche Renitenz zeigen und so es dahin kommen lassen, daß ein Ministerium Gerlach, Stahl, Bismark, Kleist ernannt wird, welches uns die Consequenzen nicht schuldig bleiben wird.

Subhastations-Patent.

In Sachen, den Concurs der Gläubiger der Wittwe des weiland Colonen Johann Heinrich Bücker, Catharina Gertrude Bücker, geb. Hartmann, in Westerhausen bei Adendorf betreffend, sollen die zur Masse gehörigen Grundstücke, nämlich:

1) Ein sub num. 22a, zu 600 Thalern versichertes in Westerhausen belegens Wohnhaus,
2) Ein kleiner Schoppen daselbst,
3) Etwa 9 Morgen 10 □.-Ruthen Garten- und Ackerland,
4) Etwa 1 Morgen 101 □.-Ruthen Wiesen,
5) Etwa 1 Morgen 75 □.-Ruthen Forstgrund,
6) Etwa 1 Morgen 39 □.-Ruthen Marken- und sonstiger nicht cultivirter Grund,
7) Zwei Röthegruben beim Hause,
8) Ein Manns- und ein Frauensitz in der Kirche in Adendorf,

in den auf

Sonnabend den 16. März 1850,
Mittwoch den 27. März 1850 und
Mittwoch den 10. April 1850

Morgens praecise 9 Uhr vor hiesiger Amtsstube anberaumten Terminen meistbietend verkauft werden.

Von diesen Grundstücken sind jährlich ein Rauchhuhn und zwei Gografendienste an Königliche Amtskasse hierselbst zu leisten, und bleibt ein dem Hause Gesmold zustehendes Ablösungskapital von 151 Thalern 4 Ggr. bei dem Verkaufe darauf haften.

Ansprüche an die gedachten Grundstücke aus einem Eigenthume, Pfand-, Näher- oder sonstigen dinglichen Rechte, sind in dem ersten Subhastations-Termine am 16. März 1850, bei Strafe des Ausschlusses von den Grundstücken, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte anzuzeigen, und die Beweismittel, wenn sie in Urkunden bestehen, vorzulegen, sonst aber bestimmt und vollständig anzugeben.

Beschlossen Melle am 30. November 1849.

Königlich Hannoversches Amt Grönenberg.

Brandis.

Familien-Anzeigen.

Todes-Anzeige.

Heute früh starb unser geliebtes jüngstes Kind Elisabeth, vier Tage nach ihrem zweiten Geburtstage. Unsern Freunden in der Ferne zeigen wir dies auf diesem Wege an, und legen unser Leid an ihr Herz.

Seefeld bei Colberg, den 12. Januar 1850.

Pastor Besser u. Frau.

Geboren: Eine Tochter dem Hrn. Nicolai hiers.

Gestorben: Hr. Daniel Immich hiers.; Frau Marie Schwartz hiers.; Hr. Rittergutsbesitzer Jänicke zu Oelsnig; Hr. Regierungs- und Landes-Oekonomie-Rath Schippel zu Stendal; Hr. Oberstlieut. a. D. v. Mensel zu Stettin.

Königliche Schauspiele.

Donnerstag, den 17. Im Opernhause. 9. Abonnements-Vorstellung. Das hübsche Mädchen von Gent, großes pantomimisches Ballet in 3 Abth. und 9 Bildern, scenirt von Hoguet. (Frl. L. Grahn: Beatrix, als Gastrolle.) (Vorletzte Vorstellung dieses Ballets im Monat Januar.) Vorher: Die Hochzeitsreise. Anfang halb 7 Uhr.

Königstädtisches Theater.

Donnerstag, den 17. Die Teufels-Wette, oder Rosen im Norden. Großes phantastisches Zauberspiel mit Gesang, in 3 Abtheilungen, von Wollheim. Musik von Ed. Stiegmann.

Freitag den 18. Die Teufels-Wette, oder: Rosen im Norden.

Zur Unterstützung für die durch die Ueberschwemmung Nothleidenden im Guhrauer Kreise sind ferner bei uns eingegangen:

Von F. G. v. A. 5 Rt. Von Frau Gräfin D. D. 10 Rt. Von Graf A. S—tz 5 Rt. Von L. Eichmann 10 Sgr. Von Hannausch 5 Sgr. Von Fräulein v. M. 20 Rt. und 6 Paar wollene Strümpfe. Von G. v. d. G. 3 Rt. Von B. a. Z. 5 Rt. Von D. v. L. 12 Frauenröcke, 9 Männerjacken, 4 Kinderröcke, 1 Hose. Von Lehrer Z. 1 Rt. Summa 49 Rt. 15 Sgr. Mit Hinzurechnung der früheren Beträge 98 Rt. 15 Sgr.

Zur Anschaffung von Brennmaterial für die Armen sind eingegangen:

Von Fräulein v. M. 5 Rt. Mit Hinzurechnung der früheren Beträge 6 Rt.

Berichtigung.

Wir sind von verschiedenen ehrenwerthen Männern darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dem Briefe aus Palermo (Nr. 5.) sich zwei Irrthümer befänden. Es giebt einerseits keine Reliquie der Jungfrau Maria, wie solche dort erwähnt wird, und andererseits hätte statt von Anbetung müssen von Verehrung derselben gesprochen werden. Wir verbessern dieses Versehen des Briefstellers hierdurch.

D. R.

Börse von Berlin. den 16. Januar.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	143⅛ G
do.	250 Fl.	2 Mt.	142⅞ G.
Hamburg	300 Mk.	kurz	151⅛ B
do.	300 Mk.	2 Mt.	150⅞ bez.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26 bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81¹/₁₂ B.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	91⅛ G.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅛ G.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99¼ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ bez.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅜ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 24 G.
Petersburg	100 SR.	3 W.	107⅛ bez.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	106½ B.	Ostpr. Pfandbr.	3½	
St.-Schuld-Sch.	3½	88⅜ bez.	Pomm. Pfandbr.	3½	95⅜ B
Seeh. Präm.-Sch.	—	104 B.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	96 B.
K. u. Nm.Schuldv.	3½		Schlesische do.	3½	94⅛ G.
Berl. Stadt-Oblig.	5	105 B.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½		Pr. B.-Anth.-Sch.	—	93 G.
Westpr. Pfandbr.	3½	90½ B.	Friedrichsd'or	—	113¼ bez.
Grossh. Posen do.	4		And.Goldm. à 5 th.	—	112½ bez.
do. do. do.	3½	91¼ B.	Disconto	—	

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische.	4	44½a44 bez.B.	Magdeb.-Wittenb.	4	61½ B.
do. Prior.	5	101½ bz.	Mecklenburger	4	34 bez.
Berl.-Anh. A. B.	4	89 bz.	Niederschl. Märk.	3½	84⅜ bez. u. B.
do. Prior.	4	96 bez.	do. Prior.	4	95½ B.
Berl.-Hamburger	4	79½ bz.	do. Prior.	5	104 bez.
do. Prior.	4½	100a99½ bz.	do. 3. Serie	5	103 B.
do. 2. Em.	4½	87½ B.	N. Schl. M. Zwgb.	4	30 B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	64½ bz.	do. Prior.	4½	80 B.
do. Prior.	4	93½ B.	do. Prior.	5	90 B.
do. do.	5	102½ B.	do. St. Prior.	5	
do. do.Lit.D.	5	99¾a½bz.	Oberschl. Litt. A.	3½	106½ bz. u. B.
Berl.-Stettin	4	107½ bez.¾ B.	do. Litt. B.	3½	105 B.
do. Prior.	5	105⅛ B.	do. Prior.	4	
Bonn-Cölner	5		Prz.W. (St. Voh.)	4	34 B.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5	96½ B.
Cöln-Minden	3½	95 a 94⅜ bez.	do. II. Serie	5	85 B.
do. Prior.	4½	100⅜ B.	Rheinische	4	45 B.
do. do.	5	103⅜ B.	do. St.-Prior.	4	78½ bez. u. G.
Crac.-Oberschl.	4	70½ bz.	do. Prior.	4	89 G.
do. Prior.	4	85 G.	do. v. Staat gar.	3½	
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier.	4	
Düsseld.-Elberf.	4	79 B.	Stargard-Posen	3½	84½ bez. u. B.
do. Prior	4	87 G.	Thüringer	4	65 bez. u. B.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	42¾ a ½ bez. B.	do. Prior.	4½	98⅜ bez. u. B.
do. Prior.	5	99⅜ B.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	63 B.
Kiel-Altona	4	94½ B.	do. Prior.	5	
Magdeb.-Halber.	4	141 B.	Zarskoje-Selo	—	80 B.
Magdeb.-Leipz.	4				
do. Prior.	4	98¼ G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	111 bez.	poln. P.-O. à 500fl.	4	80⅞ B.
do. 1. Anl. b. Hope	4		do. do. à 300fl.	—	123 B.
do.2-4.A.b.Stiegl.	4	89⅞B. V 88⅞B	poln. Bank-C.L.A.	5	93⅞ bez.
do.poln.Schatz-O.	4	79⅞ bez.	do. do. L.B.	—	17 bez.
poln.Pfandbr. alte	4	96⅞ B.	Kurh.P.Sch.à40th.	—	32⅞ bez.
do. do. neue	4	95⅞ B.	N. Bad.Anl. à 35Fl.	—	18⅞ bez.

Sämmtliche Effecten wurden heute zu niedrigeren Coursen verkauft und blieben bis zum Schlusse der Börse offerirt, nur Krakau-Oberschlesische Eisenbahn-Actien waren höher.

Berliner Getreidebericht vom 16. Januar.

Weizen loco n. Qu.	50 — 56	Rüb-Oel loco	13½ B.
Roggen do. do.	26½ — 28	pr. Januar	13¼ verk. ⅛ G.
pr. Frühjahr	26⅞ B. ½ G.	pr. Jan./Febr.	13⅛ verk. u. G.
pr. Mai/Juni	27 B. 26⅞ G.	pr. Febr./März	12⅞ bez. u. G.
Hafer loco n. Qu.	16—18	pr. März/April	12⅞ B. ⅞ G.
pr. Frühjahr	16½ B. 16 G.	pr. April/Mai	12⅞ B. ⁷/₁₆ G.
Gerste, große, loco	21 — 24	Spiritus loco o. F.	14
do. kleine, loco	20—21	do. mit Faß	14
Rapps	90 nominell.	pr. Januar	14
Rübsen	89 nominell.	pr. Frühjahr	14⅛ bez. ⅞ G.
Lein-Oel loco	12 B.		

Roggen billiger offerirt. Für Rüb-Oel mehr Verkäufer und bei weichenden Preisen wenig umgegangen. — Spiritus unverändert.

Amtliche Spiritus-Preise.

Berlin, den 16. Januar. Die Preise von Kartoffel-Spiritus waren am 14. und 15. d. Mts. 14 Rt. frei ins Haus geliefert pr. 10,800 % Tralles.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, den 15. Januar. Berlin-Hamburg. 80¼. Köln-Minden 95¼. Magdeburg-Wittenberge 62¾. Nordbahn 43½. — Oel unverändert. —

Amsterdam, den 14. Januar. Integr. 55⅝. Ardoins 13⅛.— Span. 30⅜. Rüböl flau, pr. Mai 43, pr. Octbr. 37 fl. Rapps flau, April 74, Sept. 61 fl.

Frankfurt a. M., den 15. Januar. Nordbahn 43¼. Span. 3% 30⅜. Metall. 87⅛. Bad. 32⅜.

Auswärtige Börsen.

Paris, den 13. Januar. Rente, die gestern 94,10 in der Coulisse schloß, war heute in der Passage de l'Opéra 93,95 ohne Geschäft.

London, den 12. Januar. Consols sind auf die Nachricht, daß die Bank den Zinsfuß für Darlehen auf Consols von 2 auf 2½ % erhöht habe, von 97⅜ auf 96¾ gefallen, und schlossen flau. Fremde Fonds fester und gut preishaltend. Integr. ex div. 55½. Portug. 35½ a 36½. Russen 110 a 111. Ardoins 19¼ a ¾. Span. 3% 37¼ a ¾ ex div. Mex. 29⅜.

Hamburg, den 14. Januar. F.-C.-A. 86⅛, ¾. Freiwillige Anleihe 106½, 106. Russen 106⅜, ⅛. Stieglitz 85, 84¾. Dän. 71, 70¾. Ardoins 12, 11¾. Span. 3% 28⅛, ¾. Berlin-Hamburger 80½, ¼. Magdeburg-Wittenberge 62½, 62. Köln.Minden 95⅜, ⅛. Fr.-W.-Nordbahn 43¾, ¼. Kiel-Altona 93½ B. Mecklenburger 34½, 34. Fonds unverändert, Eisenbahnactien zum Theil etwas höher, der Umsatz nicht erheblich.

Leipzig, den 14. Januar. Leipzig-Dresden E.-A. 107¼ B. — Sächsisch-Baierische 86¾, ⅜. Sächsisch-Schlesische 91½, 93. Chemnitz-Riesa 26½ B. Löbau-Zittau 18, 17. Magdeburg-Leipzig 210 bez. u. B. Berlin-Anhalt. 90 B. Crakau-Oberschlesische 69 G. Köln-Minden 95½ G. Fr.-W.-Nordbahn 44 B. Altona-Kiel 94 B. Anhalt-Dessauer Landesbank 117 G. Preuß. Bank-Antheile 94½ B. Oester. Banknoten 91⅝, 91⅜.

Breslau, 15. Jan. Fonds und Actien matter.

Auswärtige Marktberichte.

Stettin, 15. Januar. Im Geschäft heute wenig verändert, schles. Weizen 89 ℔ effectiv zu liefern 52½ Rt. B., 52 Rt. G. Roggen in etwas matterer Stimmung.

Am Landmarkt: Weizen 50 a 51, Roggen 26 a 28, Gerste 22 a 23, Hafer 16 a 17 Rt.

Rüböl pr. März — April 12⁵/₁₂ Rt. bez., pr. April — Mai 12¼ Rt. bez. u. G.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle 26 % bez., aus zweiter Hand ohne Faß 25½ a 26 % bez., pr. Frühjahr 24¼ % bez. u. B.

Zink pr. Frühjahr 5⅙ Rt. G., 5⅕ Rt. B.

Magdeburg, 15. Januar. Weizen 36 a 45, Roggen 25 a 27½, Gerste 20 a 22½, Hafer 14 a 16½ Rt. Kartoffel-Spiritus loco 18⅓ Rt. pr. 14.400 % Tralles.

Eisenbahn-Anzeiger.

Niederschlesische Zweigbahn (Sagan-Glogau-Sprottau). December-Einnahme bei 4857 Personen und 14,347 Ctr. 4165 Rt. 23 Sgr. 10 Pf. —

Woll-Berichte.

Pesth, 8. Januar. Unser diesmaliger Neujahrswollmarkt, der heute fast gänzlich zu Ende gekommen, war einer der raschesten und lebhaftesten seit Jahren, die Frequenz bestand zumeist aus inländischen Händlern und Fabrikanten, und Einschuren mittler so wie guter und feiner Sorten, dann Zweischuren Winter- und Sommerwollen fanden starken Begehr, gute Preise und namhaften Absatz. Das Geschäft bleibt sich gleich in Beliebtheit und anhaltend in den gesteigerten Preisen, und wir dürfen denken, daß es zum nächstkommenden Josephimarkt (März) eben so oder noch besser gehen werde. Im Ganzen mag der Umsatz doch auf 20,000 Ctr. Schaafwolle sich belaufen. Sommerwolle war am wenigsten vorhanden, aber sehr theuer bezahlt, so wie alle anderen Gattungen für Lieferung geeignet. Im Durchschnitt stellten sich die Preise um 10 fl. pr. Ctr. höher gegen den jüngsten November- (Leopold-) Markt, man zahlte für ganz feine Wollen noch viel höhere Preise gern, es war aber gänzlicher Mangel daran. Die Einkäufe wären noch bedeutender gewesen, wenn nicht viele Reflectanten nur halb befriedigt den Platz verließen. Ganz ordinaire Wollen in Ein- oder Zweischuren mit Fehlern bleiben daraus vernachlässigt.

Wien, den 12. Januar. Durchgehends vermehrter Begehr zu erhöhten Preisen bei sehr gelichteten und zum Theil ganz ausgegangenen Vorräthen. Von Schaafwollen ist für klein-wallach. 52—53 fl., groß-wallach. 54—55 fl., Jalomicza 56—57 fl. zu bedingen. Siebenbürger mindere 59—60 fl., bessere 60—62 fl. Dabei wird natürlich die Manipulation beachtet. Gerberwolle vergriffen und vergebens 45 fl. geboten. Ebenso fehlt es in Banatwollen an Zakel und Zigaja, und die Preise von 34—36 fl. für erstere und 40—42 fl. für letztere sind daher als nominell anzusehen. Lammwollen sind ebenfalls ausgegangen. Hautwolle bedingt 52—54 fl. Von den türk. und serb. Wollen haben die feineren u. mittleren um 4—5 fl., die gröberen um 2 fl. aufgeschlagen und gelten Widdiner 48—49 fl., serbische 42—43 fl., bosnische 39—40 fl., türk. Gerberwolle 35—38 fl. Neue Zufuhren werden jetzt vor langer Zeit nicht erwartet.

Inhalts-Anzeiger.

Berlin, 16. Januar. Die Wiener und die süddeutsche Post sind heute ausgeblieben.

Verantwortlicher Redacteur: **Wagener.**

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße № 5.